Donnerstag, den 27. September 1923 Einzelnummer 2 Millionen. 34. Jahrgang — Nr. 226

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Für die Woche vom 24. bis 30. September 10000000 Mk.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 750000 Mk., auswärts 800000 M. Anzeigen unter Text 2400000 M., ausw. 3200000 M., Stellenangebote 320000 M., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 240000 M. Kleine Anzeigen pro Wort 60000 M., das fette Wort 80000 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Diktatur gegen das Chaos.

Der passive Widerstand aufgehoben.

Die Reichsregierung erläßt folgende Kundgebung:

An das deutsche Volk!

Am 11. Januar haben französische und belgische Truppen wider Recht und Vertrag das deutsche Ruhrgebiet besetzt. Seit dieser Zeit hatten Ruhrgebiet und Rheinlande schwerste Bedrückungen zu erleiden. Ueber 180 000 deutsche Männer, Frauen, Greise und Kinder sind von Haus und Hof vertrieben worden. Für Millionen Deutsche gibt es den Begriff der persönlichen Freiheit nicht mehr. Gewalttaten ohne Zahl haben den Weg der Okkupation begleitet. Mehr als hundert Volksgenossen haben ihr Leben dahingeben müssen, viele schmachten noch in Gefängnissen.

Gegen die Unrechtmäßigkeit des Einbruchs erheben sich Rechtsgefühl und vaterländische Gesinnung. Die Bevölkerung weigerte sich, unter fremden Bajonetten zu arbeiten. Für diese dem Deutschen Reich in schwerster Zeit bewiesene Treue und Standhaftigkeit dankt das ganze deutsche Volk.

Die Reichsregierung hatte es übernommen, nach ihren Kräften für die leidenden Volksgenossen zu sorgen. In immer steigendem Maße sind die Mittel des Reiches dadurch in Anspruch genommen worden. In der abgelaufenen Woche erreichten die Unterstützungen für Rhein und Ruhr die Summe von 3500 Billionen Mark, in der laufenden Woche ist mindestens die Verdoppelung dieser Summe zu erwarten. Die einstige Produktion des Rheinlandes und des Ruhrgebietes hat aufgehört. Das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland ist zerrüttet. Mit furchtbarem Ernst droht die Gefahr, daß beim Festhalten am bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für unser Volk unmöglich wird.

Diese Gefahr muß im Interesse der Zukunft Deutschlands ebenso wie im Interesse von Rhein und Ruhr abgewendet werden. Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen. Wir wissen, daß wir damit von den Bewohnern der besetzten Gebiete noch größere seelische Opfer als bisher verlangen. Heroisch war ihr Kampf, beispiellos ihre Selbstbeherrschung. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen erlitten, die im besetzten Gebiet duldeten. Wir werden niemals vergessen, was diejenigen aufgaben, die lieber die Heimat verließen, als dem Vaterlande die Treue zu brechen. Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verstoßenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung. Vor allen wirtschaftlichen und materiellen Sorgen steht der Kampf für diese elementaren Menschenrechte. Deutschland hat sich bereit erklärt, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen. Diese Freiheit ist uns aber kein Objekt für Verhandlungen oder für Tauschgeschäfte. Reichspräsident und Reichsregierung versichern hierdurch feierlich vor dem deutschen Volke und vor der Welt, daß sie sich zu keiner Abmachung verstehen werden, die auch nur das kleinste Stück deutscher Erde vom Deutschen Reiche löst.

In der Hand der Einbruchsmächte und ihrer Verbündeten liegt es, ob sie durch Anerkennung dieser Auffassung Deutschland den Frieden wiedergeben oder mit der Verweigerung dieses Friedens alle die Folgen herbeiführen wollen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen.

Das deutsche Volk fordern wir auf, in den bevorstehenden Zeiten härtester seelischer Prüfung und materieller Not treu zusammenzustehen. Nur so werden wir alle Absichten auf eine Zertrümmerung des Reiches zunichte machen. Nur so werden wir der Nation Ehre und Leben erhalten, nur so ihr die Freiheit wiedergewinnen, die unser unveräußerliches Recht ist.

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident: Ebert.

Die Reichsregierung: Dr. Stresemann, von Raumer, Sollmann, Schmidt, Dr. Radbruch, Dr. Hilferding, Dr. Geßler, Oeser, Fuchs, Dr. Brauns, Dr. Luther, Dr. Höfle.

Die Stimmung im Ruhrgebiet.

Der Beschluß der Reichsregierung, den passiven Widerstand abzubrechen, ist erst im Laufe des Mittwoch in den Landorten und den Bergarbeiterdörfern allgemein bekannt geworden. Für weite Kreise war er keine Ueberraschung, da man die Unhaltbarkeit des Zustandes der letzten Wochen durchaus eingesehen hat. Die Haltung der Regierung wird durchaus gebilligt und gewürdigt. Ein gewisser Mißmut äußert sich hier und da bei den Bevölkerungsstellen, die viel unter der Besatzung gelitten haben. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Bevölkerung dem Aufruf der Regierung und dem Rat ihrer bewährten Partei- und Gewerkschaftsführer folgt. Gegen den Abbruch des passiven Widerstandes sind nur die Deutschnationalen und die Kommunisten. Es ist damit zu rechnen, daß die beiden Parteien alles versuchen werden, um die Bevölkerung gegen die Beschlüsse der Reichsregierung einzunehmen. Wie weit sie Erfolg haben, kann natürlich heute noch nicht gesagt werden. Die Deutschnationalen sind im allgemeinen im Herzen des Industriegebietes nicht zahlreich. Ihre Anhänger rekrutieren sich aus Kreisen, denen die breiten Massen der Bevölkerung von vornherein ablehnend und mit Mißtrauen gegenüberstehen. Wenn der Einfluß der Rechtsradikalen also im Ruhrgebiet auch nicht weit reicht, so ist doch angesichts der Stimmung möglich, daß sie durch ihre hemmungslose Agitation manchen Wirrkopf einfangen. Charakteristisch dafür ist die heutige Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung" in Gelsenkirchen. Das Blatt gab sich bisher volksparteilich aus. Heute ergeht es sich aber in heftigen Angriffen gegen den Beschluß des Reichskabinetts und macht Hilferding für den Abbruch des passiven Widerstandes verantwortlich. Schwerwiegender als die deutschnationale Agitation wird die der Kommunisten sein, wenn auch ein gut Teil der Anhänger der KPD. den Weisungen der kommunistischen Zentrale nur widerwillig folgt und innerlich davon überzeugt ist, daß der weitere Widerstand unnütz und ohne Zweck ist.

* * *

Die Reichsregierung hat bereits die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abbau der Ruhrfront getroffen. Sie plant unter anderem, einen besonderen Kommissar mit der Abwickelung zu betrauen. Auch die großen Organisationen dürften im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung im Verlauf des Donnerstag zu Besprechungen über den Abbau des passiven Widerstandes zusammentreten. Die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei versammeln sich an diesem Tage in Gießen.

Unter Diktatur.

Eine in später Nachtstunde veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung bestimmt zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet, daß die Artikel 114, 115, 117, 118, 124 und 153 der Reichsverfassung bis auf weiteres außer Kraft gesetzt werden. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmen, sowie Beschränkungen des Eigentumes auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten Gesetze und Grenzen zulässig. Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung der Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiete der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen. Für Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers werden schwere Freiheits- und Geldstrafen angedroht. Wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, wird der Täter mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Die im Strafgesetzbuch mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen werden mit dem Tode bestraft, wenn sie nach der Verkündigung der Verordnung begangen sind. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsjustizminister außerordentliche Gerichte zu bilden. Die Verordnung tritt mit der Verkündigung in Kraft.

Kahr Diktator von Bayern.

Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich mitteilt, hat das bayerische Gesamtministerium eine Verordnung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bayern erlassen und bis auf weiteres den Oberbayerischen Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr als Generalstaatskommissar bestellt, an den die vollziehende Gewalt sofort übergeht. Sämtliche Behörden des Reiches, des Landes und der Gemeinden, aber mit Ausnahme der Gerichts- und Militärbehörden, haben den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen und befugt, die Hilfe der Wehrmacht anzufordern. Seine Anordnungen gehen den Anordnungen aller anderen Behörden, mit Ausnahme der Gerichts- und Militärbehörden, vor. Der Generalstaatskommissar ist berechtigt, Schutzhaft und Aufenthaltsbeschränkungen zu verhängen. Durch diese Verordnung sind auch Beschränkung der persönlichen Freiheit, Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes und des Postgeheimnisses, sowie Haussuchungen und Beschlagnahmen zulässig.

München, 26. September. Generalstaatskommissar Kahr hat eine Kundgebung erlassen, in der er versichert, daß seine Amtshandlungen von heißer Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterlande getragen sein werden. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und gegen jeden Widerstand gegen seine Anordnungen werde er rücksichtslos auftreten.

* * *

Die Handhabung der Ausnahmeverordnungen in Bayern durch Herrn von Kahr und die Unterstellung der Reichswehr unter sein Befehl mutet nicht nur wie ein übler Witz, sondern als legale Putschvorbereitung an. Diese Auffassung wird durch die Tatsache verstärkt, daß die Reichsregierung ohne jede vorherige Kenntnisnahme von dem Beschluß der bayerischen Regierung gelassen wurde, und sich erst auf indirektem Wege über den Beschluß des bayerischen Ministerrats unterrichten mußte.

Mit Rücksicht auf die Maßnahme der bayerischen Regierung und deren Einwirkung auf das allgemeine politische Leben in Deutschland traten noch am Mittwoch abend um 11 Uhr die zu erreichenden Reichsminister zu einer Besprechung in der Reichskanzlei zusammen. U. a. waren vertreten der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichswehrminister und der Reichsfinanzminister, der Reichsinnenminister und der Reichs-Post- und Verkehrsminister. Auch der Chef der Heeresleitung, General Seekt, war anwesend. Gegen Mitternacht wurde beschlossen, sofort den militärischen Ausnahmezustand zu verhängen. Damit wird dem als Putschisten bekannten Herrn von Kahr die Verfügungsgewalt über die Reichswehr in Bayern entzogen, weil durch den Beschluß der Reichsregierung die vollziehende Gewalt an den Reichswehrminister übergeht. Dieser kann in Uebereinstimmung mit dem Reichsminister des Innern den militärischen Befehlshabern und der einzelnen Wehrkreise und Garnisonen Zivilkommissare beigeben. Für Preußen sind bereits eine ganze Reihe von Zivilkommissaren ernannt. Die Regierung befürchtet vorläufig in Norddeutschland eine Aufstandsbewegung, ohne jedoch sich bei ihrer Beschlußfassung von der Absicht leiten zu lassen, die Staatsgewalt in eigenen Händen zu behalten, nachdem die bayerische Regierung vor den Putschisten bereits halbwegs kapituliert hatte, indem sie die Verfügungsgewalt über die Reichswehr und Polizei und die Durchführung der Bestimmungen über die Außerkraftsetzung der in der Verfassung festgelegten Koalitionsrechte einem Mann anvertraute, der nicht nur einer der schlimmsten Gegner dieser Verfassung ist, sondern sich auch für ihre Untergrabung durch eine maßlose Bürgerkriegspropaganda seit Monaten hervorgetan hat.

Der Standpunkt des bayerischen Minister-Präsidenten.

Ueber die Stellungnahme des bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling in der Konferenz der Ministerpräsidenten gibt das Organ der bayerischen Regierung, die „Staatszeitung", folgende Informationen:

Angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung ist die Einstellung des passiven Widerstandes zur Notwendigkeit geworden. Aber der bayerische Ministerpräsident hat in Berlin deutlich zum Ausdruck gebracht, daß kein Vertrag und kein Diktat unterschrieben werden darf, die der Ehre des deutschen Volkes zuwiderlaufen, daß unerfüllbare Forderungen und neue Lasten dem deutschen Volke nicht auferlegt werden dürfen. Er ist ferner entschieden dafür eingetreten, daß die Aufgabe des Widerstandes nicht etwa zum Gegenstand eines Notenwechsels mit den Feindmächten gemacht, sondern daß ihre Notwendigkeit dem deutschen Volke lediglich in einem Aufruf der Reichsregierung klargemacht werde, in dem vor aller Welt auf die Rechtswidrigkeit des französisch-belgischen Vorgehens, auf den Bruch des Vertrages von Versailles hingewiesen wird. Diesem Verlangen ist der heute veröffentlichte Aufruf leider nur ganz unzureichend nachgekommen. Leider hat er auch unterlassen, die ebenfalls vom bayerischen Ministerpräsidenten gegebene Anregung zu befolgen, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß uns Leistungen aus dem Vertrag solange unmöglich sind, als uns nicht die Verfügung über das Rhein- und Ruhrgebiet wieder zusteht und daß der Vertrag von Versailles, weil er von Frankreich gebrochen, auch für Deutschland nicht mehr bindend ist. Freilich stand Herr von Knilling in der Ministerpräsidentenkonferenz mit seiner Anregung allein, die Vertreter der anderen Länder konnten sich nicht entschließen, die unabsehbaren Konsequenzen aus der Sachlage zu ziehen und entsprechend ihrem Verhalten läßt der Aufruf denn auch in der entschiedenen Betonung des Rechtsstandpunktes leider so ziemlich alles zu wünschen übrig.

Die „Deutsche Zeitung" verboten.

Der Reichsminister des Innern hat am Mittwoch die „Deutsche Zeitung" auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten auf vierzehn Tage verboten. Anlaß zu dem Verbot gab die Veröffentlichung einer Rede des Nationalsozialisten Hauptmann a. D. Heiß, in der offensichtlich zum Bürgerkrieg aufgefordert wurde. Schon seit Wochen setzt das genannte Blatt übrigens in schamloser Weise gegen die Reichsregierung und einzelne Länderregierungen. Aufforderungen zum Bürgerkrieg waren in seinen Spalten in letzter Zeit wiederholt zu finden.

Ein Dollar (Newyork) 121 951 219 Mk.

Voraussetzungen zum Wiederaufbau.

Die Reichsregierung ist mit einem Aufruf „An das deutsche Volk!" vor die Oeffentlichkeit getreten, der nicht nur als Begründung des Abbruchs der Abwehr im Ruhrgebiet, sondern auch als Programm für die kommenden Verhandlungen zu betrachten ist. Die Begründung des mutigen Kabinettsbeschlusses liegt in dem Satz, der allein die Unterstützungen für Rhein und Ruhr im Verlauf der letzten Woche auf 3500 Billionen beziffert, das Programm ist gegeben in dem Hinweis: Deutschland ist bereit, die schwersten materiellen Opfer für die Freiheit deutscher Volksgenossen und deutscher Erde auf sich zu nehmen! So hat der folgenschwere Kampf unserer Bevölkerung im Ruhrgebiet einen formellen Abschluß gefunden, der nach innen voll gerechtfertigt ist, und nach außen erneut den Willen der Reichsregierung zur Verständigung feststellt.

Selbstverständlich ist die von der Regierung eingeleitete Aktion mit der offiziellen Aufforderung zum Abbruch des passiven Widerstandes nicht als beendigt zu betrachten. Die von dem Willen der Mehrheit des Volkes getragenen Beschlüsse harren jetzt ihrer Durchführung, und die Reichsregierung hat die Pflicht, auch hier die Führung zu übernehmen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, im Ruhrgebiet von heute auf morgen wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Der Wiederaufbau der vollkommen zerrütteten Wirtschaft kann nur langsam vor sich gehen und ist in Anbetracht des äußerst komplizierten Organismus im wesentlichen programmmäßig durchzuführen. An Stelle der Abwehrausschüsse müßten deshalb jetzt Abbau-Ausschüsse treten, die den Versuch machen, die Aktion in geordnete Bahnen zu lenken. Ihnen hat die Reichsregierung mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ob das durch einen hierzu besonders ernannten Kommissar oder durch den Minister für die besetzten Gebiete selbst geschieht, ist vorläufig nicht das Entscheidende. Das Wesentliche bleibt, den Abbau systematisch vorzunehmen und sich hierbei außer der Hilfe der Gewerkschaften und der führenden Wirtschaftsgruppen der Mitarbeit der Besatzung zu vergewissern. Insbesondere das letztere sollte nicht unterschätzt werden. Die Besatzungstruppen haben nun einmal die Macht gegenwärtig im Ruhrgebiet und es wird nur möglich sein, ihnen nach und nach durch Verhandlungen dieses oder jenes Zugeständnis abzuringen. Hierbei dürfte den Gewerkschaften eine besondere Aufgabe zufallen.

Ohne Loyalität der französischen Regierung wird sich die Wiederaufnahme der Produktion selbstverständlich nur langsam auswirken. Frankreich hat aber bisher durch seine maßgebenden Vertreter immer wieder betonen lassen, daß es Reparationen will. Es muß sich deshalb von vornherein darüber klar sein, daß die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen zum Teil auch von der schnellen Wiederherstellung geordneter Verhältnisse im Ruhrgebiet abhängig ist, die wiederum die Freilassung der Verhafteten und Rückkehr der Ausgewiesenen voraussetzt. Keineswegs aber vermag der umgekehrte Weg, den der „Temps" vorschlägt, das Verlangen der französischen Regierung nach Zahlungen zu stillen. Wir müssen gestehen, daß uns die Methode dieses Blattes, das eine Aenderung der Besatzungsart von den Auswirkungen der Anordnungen des Reichskabinetts abhängig machen will, sehr sonderbar erscheint und gewisse annexionistische Gedankengänge durchblicken läßt. Wie soll es überhaupt möglich sein, praktische Auswirkungen durch die Aufhebung des passiven Widerstandes zu erzielen, solange man die maßgebenden Wirtschaftsführer sowie einen großen Teil der Arbeiterschaft dem Ruhrgebiet fernhält und uns damit außerstande setzt, die Produktion im vollen Umfange wieder aufzunehmen? Die Methode des „Temps" widerlegt geradezu die immer wieder beteuerte Ehrlichkeit der französischen Politik, indem sie die Wiederaufnahme der Sachleistungen in einem von Frankreich geforderten Maße geradezu ausschließt.

Nur, wenn die französische Regierung mit der gleichen Offenheit wie das Reichskabinett an die jetzt notwendigen Verhandlungen herangeht und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten dem bisherigen Prinzip der politischen Zweckmäßigkeit voransetzt, kann eine Verständigung erzielt werden. Deutschland ist bereit, die Sachleistungen sofort in einem Rahmen wieder aufzunehmen, dessen Höchstgrenze schließlich von der französischen Regierung festgesetzt wird. Läßt Frankreich dem deutschen Arbeitswillen freien Spielraum, dann kann es entsprechende Leistungen erwarten, wird unsere Leistungsfähigkeit durch militärische Lasten und andere Schikanen begrenzt, dann darf man sich nicht wieder über einen „schlechten Willen" der Reichsregierung beklagen. Das Gleiche gilt für die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands, wie überhaupt für alle anderen, mit dem Reparationsproblem im Zusammenhang stehenden Fragen. Deshalb handelt die französische Regierung nur im eigenen Interesse, wenn sie den Forderungen der Reichsregierung, die eine Erledigung der Reparationsverpflichtungen im weitestgehenden Maße bezwecken, entspricht. Dazu gehört im Augenblick vor allen Dingen die vollkommene Wiederherstellung der Souveränität des Deutschen Reiches im Ruhrgebiet. Sie braucht ein Kontrollrecht der Ententemächte nicht auszuschließen.

Dank an die Eisenbahner.

Der Reichsverkehrsminister hat einen Erlaß veröffentlicht, in dem er dem Reichsbahnpersonal für seine Haltung im Ruhrabwehrkampfe seinen Dank ausspricht und ankündigt, daß die nötigen Maßnahmen zum Abbruch des Abwehrkampfes noch besonders bekannt gegeben werden.

Umstürzler auf freiem Fuß.

Auf Veranlassung des Polizeipräsidiums in Berlin wurde am Dienstag ein rechtsradikaler Klub ausgehoben. Die Mitglieder, die in dem begründeten Verdacht standen, umstürzlerische Absichten zu hegen, sind jedoch nach 24stündiger Haft am Mittwoch restlos wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Thüringer Verhandlungen mit der KPD.

Weimar, 26. September (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch verhandelte die Sozialdemokratie erneut mit den Kommunisten über die Neubildung der Regierung. Nach einer mehrstündigen Sitzung gab die Kommunistische Partei die Erklärung ab, daß sie auf Grund der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Anerkennung des Betriebsrätekongresses und der Bildung proletarischer Hundertschaften außerstande sei, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Sie will jedoch die endgültige Entscheidung einem schleunigst einzuberufenden kommunistischen Bezirksparteitag überlassen, der einer Weiterführung von Verhandlungen jedenfalls zustimmen dürfte, wenn die Sozialdemokratische Partei bereit sei, auf folgende Frage in einem Aufruf gegen die Faszisten klar zu antworten:

1. Ist die VSPD. bereit, die Thüringer Grenze gegen Bayern durch gemeinsame sofortige Organisation aller Verkehrskontrollen und durch die sofortige gemeinsame Schaffung proletarischer Hundertschaften in den Betrieben und Orten zu schützen?

2. Ist die VSPD. zu gemeinsamer Propaganda für einen einheitlichen proletarischen Selbstschutz, insbesondere durch ein gemeinsames Flugblatt und Versammlungen, in denen Redner beider Parteien für ihn sprechen, bereit?

3. Ist die VSPD. bereit, gemeinsam Konferenzen der Führer des einheitlichen proletarischen Selbstschutzes für Thüringen und später auch gemeinsam mit Sachsen mit uns einzuberufen? Ist sie bereit, sofort mit uns eine gemeinsame Konferenz der Arbeiterparteien und Regierungen Sachsen und Thüringen zur Vorbereitung der gemeinsamen Abwehr der bayerischen Reaktion und der Verstärkung einer gemeinsamen proletarischen Politik einzuberufen? Ist sie weiter bereit, einen gemeinsamen Aufruf mit uns zur Mobilisierung der Massen gegen die faszistische Gefahr zu erlassen?

4. Ist die VSPD. zu gemeinsamem Vorgehen der Arbeiterparteien und Regierungen Thüringens und Sachsens gegen Geßler und den Reichswehrskandal bereit? Dazu würden gehören gemeinsame Zusammenkünfte der Parteien und Regierungen, Austausch des Materials und ein gemeinsamer Aufbruch gegen Geßler.

5. Ist die VSPD. bereit, mit uns gemeinsam gegen die Kommunistenhetze aufzutreten und besondere folgende praktische Maßnahmen mit uns zu treffen:

a) gemeinsamer Aufruf gegen die Kommunistenhetze, wie Verbot kommunistischer Zeitungen, Verhaftungen, die Verfolgung der Betriebsrätebewegung.

b) Durch geeignete Maßnahmen das Verbot kommunistischer Zeitungen unwirksam zu machen.

Die Währungsbank.

Das Kabinett hat, wie der „Soz. Parlamentsdienst" erfährt, am Mittwoch den Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank verabschiedet. Sehr wahrscheinlich wird er bereits am Mittwoch dem Reichsrat zugehen. An dem alten Referentenentwurf wurden wesentliche Aenderungen mit dem Ziel vorgenommen, den Einfluß der Wirtschaft auf das neue Noteninstitut zu beschränken. Der alte Entwurf gab der Regierung nur das Recht zur Ernennung eines vorläufigen Präsidenten. Der neue Entwurf berechtigt sie, alle maßgebenden Stellen zu besetzen. Daß gerade die Personenfrage von großer Wichtigkeit ist, beweist ja die Reichsbank unter der Aera Havenstein. Der verabschiedete Plan sieht einen Verwaltungsrat vor, in dem die Wirtschaftsgruppen und auch die Gewerkschaften vertreten sein sollen. Dieser Verwaltungsrat schlägt den Präsidenten vor, während der Regierung das Recht bleibt, den Vorschlag anzunehmen oder abzulehnen. Um eine größere Sicherheit der neuen Note zu erzielen, ist die Höchstgrenze der Notenemission von 2,3 Milliarden auf 1,2 Milliarden herabgesetzt und die hypothekarische Belastung von 3 auf 4 Prozent erhöht worden. Die Belastung soll nicht mehr nach dem Wehrbeitrag, der die Neureichen nicht erfassen kann, sondern nach der Zwangsanleihe vorgenommen werden. Die Verzinsung wird von 6½ auf 6 Prozent reduziert. Dagegen werden die Kompetenzen der Währungsbank bedeutend erweitert. Der alte Entwurf sah nur bankmäßige Geschäfte mit dem Reiche vor. Der jetzige Entwurf gestattet aber auch Geschäfte mit der Reichsbank in der Form, daß die Währungsbank Goldnoten diskontieren darf. Die eigentliche Kreditgewährung bleibt aber, wie auch der alte Entwurf vorsah, ausschließlich der Reichsbank überlassen, die sie nur gegen kurzfristige Warenwechsel vornehmen darf.

Die Aenderungen bringen zweifellos Verbesserungen. Vor allen Dingen wird der Einfluß des Reiches auf das Noteninstitut bedeutend gestärkt. Aber auch in der vorliegenden Gestalt kann der Entwurf viele berechtigte Bedenken nicht beseitigen.

Der Index beim Steuerabzug.

Die Ermäßigungen der Sätze für den Steuerabzug der Lohn- und Gehaltsempfänger sind bisher jeweils durch besondere Verordnungen monatlich, bzw. letzthin halbmonatlich geändert worden. Darin soll jetzt eine entscheidende Aenderung eintreten. Nach einer Vorlage, die das Reichsfinanzministerium dem Reichsrat unterbreitet hat, werden die Veränderungen der Ermäßigungssätze künftig wöchentlich automatisch vorgenommen und zwar in der Weise, daß sie im Verhältnis des Steigens der Indexzahl für die Lebenshaltung zu der gleichen Indexzahl, die in der zweiten Kalenderwoche des Monats September festgestellt worden ist, verändert wird. Der Reichsfinanzminister stellt die sich ergebenden Verhältnissätze fest, rundet sie ab und gibt sie öffentlich bekannt. Danach wird sich etwa folgendes Bild ergeben:

Die Indexzahl in der zweiten Kalenderwoche des Monats September betrug rund 5 Millionen. Die Verhältniszahl in der 4. Septemberwoche wird etwa 30 Millionen sein, also der sechsfache Betrag. Steigt die Verhältniszahl in der ersten Woche des Oktober auf 35 Millionen, so würden für alle Wochenzahlungen in der ersten Oktoberwoche die Ermäßigungssätze um das Siebenfache erhöht werden.

Durch diese Regelung werden die zahlreichen Veränderungen der Ermäßigungssätze auf dem Wege der Gesetzgebung vermieden. Es wird zugleich erreicht werden, daß die Verschiedenheit in der Belastung des Lohneinkommens durch den Steuerabzug in den einzelnen Wochen verschwindet. Denn da bei der Festsetzung der Löhne in der Regel von dem Lebenshaltungsindex ausgegangen wird, und künftig auch für die Ermäßigungssätze des Steuerabzuges der Lebenshaltungsindex maßgebend ist, so steigen sowohl die Freigrenzen, als auch die Ermäßigungssätze in demselben Verhältnis wie Löhne und Gehälter.

Mit dieser Regelung, auf die die Sozialdemokratie seit jeher hingewirkt hat, verschwinden zahlreiche Ungerechtigkeiten.

Der Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stieg nach der Berechnung des statistischen Reichsamtes für den 24. September auf das 28 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (14,2 Millionen) beträgt somit 97 v. H.

Der Ausbau der Wasserkräfte.

Der wasserwirtschaftliche Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat seine Beratungen über den Ausbau und die Ausnutzung der Wasserkräfte Deutschlands beendet. Das Ergebnis ist in einem Antrag niedergelegt, der die Regierung ersucht, den Ausbau der Wasserkräfte Deutschlands mit möglichster Beschleunigung planmäßig und nach einheitlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Die Verleihung von Wasserkräften soll nicht auf unbegrenzte Zeit und wenigstens grundsätzlich nicht ohne entsprechende Wasserzinsleistung erfolgen. Der Ausbau soll ferner nur unter Berücksichtigung des Standpunktes des Gemeinwohls geschehen. Eine Beobachtung dieses Grundsatzes wird auch bei den bereits ausgebauten Wasserkräften für notwendig erachtet. Nach den dem Antrag zur Erläuterung beigegebenen Leitsätzen ist für die Wasserkräfte der Reichswasserstraßen das Reich zuständig. Der Ausbau von Wasserkräften in Flußgebieten, die

---

Egon und Danitza.

Eine Erzählung von Otto Stoeßl.

21]

So fand sie sich mit einemmal auf der mächtigen Brücke über der breiten, gelassen hinströmenden Donau. Im Hafen lagen große, weiß gestrichene Dampfer neben Flößen, Kohlenschiffen und Schleppern. Auf der anderen Seite aber glänzte das Wasser im Licht, während der Leopoldsberg in schönem Schwung zum Strome abfiel und weiterhin eine strahlende Landschaft offen lag. Als sie die blaue Linie dieser Höhen sah, lächelte sie, ohne es zu wissen, und ging weiter längs der Reichsstraße, die nun durch Gehölz inmitten toter Donauarme rüstig in die Ebene hinausstrebte.

Doch störte sie der Lärm und die unausgesetzte Bewegung der Wagen und Leute, weshalb sie einen Seitenweg einschlug, der in die ruhigen Auen führte, welche sich mit Baumgruppen und Gesträuch, dann mit Wiesenflecken und sandigen Dämmen an dieser stillen Uferseite ausbreiten. Sie ging zuerst auf einem mäßig hohen, aufgeschütteten Weg und begegnete keinem Menschen. Kam hierauf durch immer dichteres Buschwerk, bis sich unversehens eine freie Fläche eröffnete mit dem Ausblick auf eine ganz absonderliche Stätte. Sie mußte unwillkürlich an eine Kolonie denken, und dieses kleine, der Aue und dem Wald eben erst abgenommene Stück Heu-, Acker und Gartenlandes war in der Tat nichts anderes, als ein in solcher Nähe der Großstadt wahrhaft wunderliches Gleichnis ursprünglichen Gemeinlebens, eine dürftig einfältige Ansiedelung unweit aller Riesenbauten, Straßen, Eisenbahnen und technischen Werke und dabei einsam wie die Dorfschaft von Ausgewanderten im Urwald.

Diese Auen gehören dem Stifte Klosterneuburg, wie so mancher Besitz längs der Ufer des Stromes weithin und seit Jahrhunderten unter der geistlichen Herrschaft steht. Es ist noch nicht allzulange her, daß die Regulierung der Donau diesen schmalen Landstrich hinreichend vor Ueberschwemmungen geschützt, welche ihn vordem im Frühjahr oft unter Wasser gesetzt. Sowohl die bedrohte Lage, als auch die Beschaffenheit des beweglichen Sandbodens, der schwere Stadtbauten kaum zuläßt, zumindest nicht begünstigt, sowie die unbekümmerte Wirtschaft der geistlichen Grundherren ließen das ganze Augebiet, wie nahe es auch der Stadt lag, ungestört als solches bestehen. Es blieb ein Jagdrevier, bevölkert von Strandvögeln, Hasen und vielleicht von kleinen Raubtieren und dergleichen billigen Opfern für Büchsen und streifende Hunde. Erst in den letzten Jahren nahm infolge der Verscheuchung des Wildes durch den Lärm der ringsum vordringenden Stadt die Jagdbarkeit so beträchtlich ab, daß dieser und jener Flecken um einen bescheidenen Zins verpachtet wurde, der gerade nur eine Anerkennung des Eigentums bot. Schier von ungefähr hatten sich ein paar Menschen hier eine Stätte bereitet, zumeist Arbeiter aus den nahe gelegenen städtischen Betrieben, Bauhandwerker, Schwerfuhrleute, Trammwaykutscher, Donauschiffer, Bedienstete der technischen Unternehmungen, die, etwa vom Lande stammend, den Zusammenhang mit einem noch so dürftigen Stückchen Boden nicht entbehren können und mit dem ursprünglichen Mut zur harten Arbeit, mit der Nötigung zur Entbehrung auch die Lust bewahrt hatten, mit ihren Händen sich selbst ihr Dach zu zimmern, ihr Gemüse und ein paar Blumen zu bauen und ein eigenes Haus, eine eigene Wirtschaft gleichsam aus dem Nichts aufwachsen zu machen.

So ergab sich denn dies Bild einer Rodung und eines dürftig, aber freundlich aufgrünenden kleinsten Gemeinwesens. Da bestimmte kein hochfahrender und weitschauender Stadtplan Straßenzüge, Kanalisation, Beleuchtung, Kirchen- und Schulbau und all das Um und Auf des großartigen Massenunfriedens, sondern die Lage der einzelnen Hütten gegen Wind und Sonne, die bescheidenen Bedürfnisse bedingten nur zwei gekreuzte Wege, welche etwa in die vier Himmelsrichtungen gingen und die kleinen Baracken zu einem losen Ganzen sowohl verbanden, als auseinander hielten.

Langsam wandelte Danitza an diesen Wohnstätten vorbei. Die Menschen hier waren wohl nicht viel anders als Vögel, die ihr Nest bauen, indem sie von überallher zusammentragen, was sich verwenden läßt: ein Endchen Tuch, einen Faden Wolle, einen Splitter Holz, einen Halm und, wenn es sie nach Glanz gelüstet, einen messingnen Hosenknopf oder dergleichen. So bestanden auch diese Häuschen aus den dürftigsten Resten und Teilen, die, in der Großstadt unbeachtet, weggeworfen, auf dem Müllhaufen lagen, bis einer dieser Nestvögel sie auflas oder zusammenbettelte. Alte verwitterte Ziegel zu Haufen geschichtet, verkümmerte Fensterkreuze, Dachpappe, Balken und morsche Bretter waren sorgsam zu Vorräten gestapelt und kamen hier zu neuen Ehren wie überraschende Kostbarkeiten. Aus solchem armseligen Material waren schon viele Behausungen aufgerichtet. Vier Holzwände, geteert oder mit Kalk beworfen, mit Dachpappe gedeckt, aus welcher ein verbogener eiserner Rauchfang hervorstieg, der ehemals etwa auf einem Fabrikschornstein gesessen. Aber in dem kleinen Raum brannte schon ein Ofen, kochte schon eine Suppe oder ein Kaffee, denn ein blauer Rauch kräuselte sich in die Luft. Eine alte Tür öffnete sich ins Freie und war von unten bis oben mit Blechschildern gepanzert, wie sie von verschiedenen Firmen zur dauerhaften Anpreisung ihrer Erzeugnisse ausgegeben zu werden pflegen. Man sah einen Neger, der die weißesten Zähne fletschte, neben einem vergnügten Jungen, der mit der großartigsten Wichse von der Welt einen glänzenden Stiefel bürstete und dergleichen praktische Gemälde mehr. Hier dienten diese offenbar von Gewerbsleuten im Ueberdruß weggeworfenen Blechschilde sowohl zum Schmuck als zur Verstärkung der morschen Türen und Wände. Um jedes Häuschen war ein kleiner Flecken eingezäunt, denn der Aermste hat immer noch dies und das, was Neid erweckt und gestohlen werden kann, und hätte er nichts als den dürftigen Boden und Elend, so bleibt ihm der strenge Wille, das Seine vor der Welt zu bezeichnen und einzugrenzen. Auch diese Umfriedung war wieder aus einer Art Strandgut hergestellt, nicht höher als eine Elle liefen alle Latten, so viele gerade zu Gebote standen, durch rostige Eisenreifen verbunden, dann waren ehemalige Staketen verwendet, daneben gar nur allerhand verdorrtes zusammengestecktes Astwerk und Gestrüpp. Innerhalb der Zäune aber lebten Gärtchen mit Bohnen, Kartoffeln, Vergißmeinnicht und Stiefmütterchen, an Holunderbäumen vor Gebüschen waren Ziegen angebunden, Hühner liefen auf den Sandwegen und Hunde bellten.

So sahen alle diese Wohnhäuser aus, nicht ohne daß jedes die Unterschiede der menschlichen Anlagen, ja sogar vergleichsweise erheblicheren oder geringeren Wohlstandes deutlich verriet. Da gab es größere mit zwei oder drei Räumen, mit einem Verschlag für die Ziegen und einem aus altem Drahtgitter gebildeten Hühnerhof, unfertige, die neben einem vollendeten den Anbau eines Zimmers zeigten, der zu Ende gebracht werden sollte, wenn der Besitzer Zeit und Material genug fand. Einstweilen blieben die Balken eingerammt und der Dachstuhl vorgerichtet, während auf dem Boden noch das Gras wuchs. Da war ein Häuschen aufs sorgfältigste geweißt, ein Bild bescheidenen Behagens, gegen Osten von einer Veranda geziert, ein anderes bestand aus Holz und war ganz dunkel und geheimnisvoll anzusehen, wie ein Rätsel selber.

(Fortsetzung folgt.)

innerhalb der Grenzen der einzelnen Länder liegen, unterstehen den Anordnungen der beteiligten Länder. Wenn eine Einigung unter den Ländern nicht erzielt werden kann, soll das Reich eine schiedsrichterliche Entscheidung herbeiführen. Das Recht zur Ausnutzung einer Wasserkraft wird durch staatliche Verleihung begründet. Diese Verleihung ist nur für Inländer auf eine Höchstdauer von 70 Jahren vorgesehen. Nach Ablauf der Beleihungsfrist fällt das Kraftunternehmen mit Ausnahme etwaiger mit diesem in Verbindung stehenden Fabrikanlagen lasten- und schuldenfrei dem Reiche bzw. dem Staate anheim. Die Festsetzung des Wasserzins soll nicht nach steuerlichen, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bemessen werden. Falls es sich um Werke mit Ueberlandversorgung handelt, berechtigen die Leitsätze Reich und Staat, sich elektrische Energien für eigene Zwecke zu sichern. Sie räumen dem Fiskus im weiteren ein Einspruchsrecht gegen die Gestaltung des Tarifes in der Art ein, daß er auf eine Ermäßigung der Preise dringen kann, wenn der Reingewinn eine gewisse Höhe erreicht hat.

Wie die rechtsradikalen Landsknechte in München hausen dürfen.

München, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) **Vor einigen Wochen wurden von den Kommunisten unter der Arbeiterschaft des Walchensee-Kraftwerkes proletarische Hundertschaften ins Leben gerufen. Sie boten den Münchener Nationalaktiven die erwünschte Gelegenheit, in Kochel „Ordnung zu schaffen", wozu für den letzten Sonnabend zwei Bataillone des dem Kampfbund angehörenden Korps „Oberland" mobil gemacht wurde. Andere Organisationen, darunter die Organisation „Werwolf", sollten ebenfalls bei der „inneren Reinigung" mitwirken. Im Oberland war eine Anordnung ergangen, an Ausstattungsgegenständen mitzunehmen: Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Munition, Handfeuerwaffen, Gummiknüppel und Schlagringe. Führer der geplanten Strafexpedition, die die Reise in einem Sonderzug der privaten Isartalbahn machen sollte, waren Oberleutnant Weber, Hauptmann Müller und Hauptmann Oesterreicher. Als nun am Sonnabend abend die bewaffne Banden am Isartalbahnhof in München den Extrazug besteigen wollten, wurde ihnen vom Bahnpersonal erklärt, daß der Zug nicht gefahren werde. Einmütig lehnten die Eisenbahner den Transport ab. Sie haben durch ihr entschlossenes Eingreifen zweifellos die gemeingefährlichen Absichten dieser vaterländischen Landsknechte vereitelt. Um nun ihren Tatendrang dennoch zu stillen, zogen die Oberlandler in einzelnen Trupps durch die südlichen Stadtteile Münchens, die in der Hauptsache von Arbeitern bewohnt sind und führten mit ihren Waffen ein wahres Schreckensregiment aus.** Nach einer Darstellung der „Münchener Post" wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und blindlings aus Karabinern und Pistolen geschossen. Die Straßenbahnen mußten den Verkehr einstellen. Die Anwohner der belagerten Straßenzüge wurden aufgefordert, die Fenster zu schließen. Dieser Aufforderung folgten sofort Schüsse. Zahlreiche Einschläge an den Hausmauern zeigen, daß es sich nicht etwa lediglich um Schreckschüsse handelte. Der gesamten Einwohnerschaft des belagerten Stadtteiles hatte sich begreiflicherweise eine ungeheure Aufregung bemächtigt. Die in dem Bezirk stationierte Schutzmannschaft war zum Eingreifen zu schwach, sie mußte sich teilweise selbst in Sicherheit bringen. Die Oberlandler drangen in Häuser ein, schossen blindlings in den Höfen herum, beschossen Hauseingänge und Dächer und richteten an verschiedenen Punkten waffenstarrende „Stützpunkte" ein. Die Schießerei dauerte bis gegen Mitternacht. Sie wurde erst eingestellt, als eine Hundertschaft Landespolizei und die Hauptwache der Schutzmannschaft in Lastwagen erschienen war. Und nun geschah das Unglaubliche, daß, anstatt die schwer bedrängte Bevölkerung von den bewaffneten Aufrührern zu befreien, die von ihr zu Hilfe gerufene Polizei in Gemeinschaft mit den bewaffneten Banden gegen die Bevölkerung vorging. Die Gastwirtschaften, in denen die Arbeiter verkehren, wurden umstellt, die Gäste einer Leibesvisitation unterzogen, ebenso die Straßenpassanten. Der am Montag erschienene Polizeibericht spricht lediglich von „nächtlichen Zusammenstößen zwischen einer Abteilung Oberland und linksgerichteten Personen, was zu einer lebhaften Schießerei führte, wobei ein Mann verletzt wurde".

Ein Todesurteil aufgehoben.

Brüssel, 26. September. Der König hat das Urteil gegen die wegen angeblicher Ermordung des Leutnants Graaf zum Tode verurteilten Deutschen in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

Die Tatarisierung der Krim.

Der Rat der Volkskommissare der autonomen Sowjet-Republik Krim hat ein Dekret veröffentlicht, nach welchem alle staatlichen Organe ihre Arbeiten in tatarischer Sprache führen müssen. Nußpreß.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Die kommenden Gemeindewahlen.

Der Preußische Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Artikel.

Der § 1, Satz 1 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9 April 1923 (Gesetzsammlung S. 33) erhält folgende Fassung:

Die Gemeindevertretungen der Städte und Landgemeinden sind bis zum 2. März des Kalenderjahres 1924 neu zu wählen.

Begründung:

„Es erscheint notwendig, den in dem Gesetz vom 9. April 1923 festgesetzten Endtermin (30. November 1923) im Hinblick auf die Ungewißheit und Unsicherheit im Ruhrgebiet zu verschieben. Die schwergeprüften Bewohner des Ruhrgebietes müssen einstweilen von den mit der Agitation zu den Gemeindevertreterwahlen verbundenen Erregungen verschont bleiben. In der Erwartung, daß die Ruhrverhältnisse bis zum Frühjahr eine gewisse Regelung erfahren haben, wird als Endtermin für die Vornahme der Wahlen zu den Gemeindevertretungen der 2. März 1924 vorgeschlagen."

Es ist sehr bezeichnend, daß gegen dieses Gesetz die Deutschnationalen und ihre gleichgesinnten Antipoden, die Kommunisten, Sturm gelaufen sind. Mit dem Aufwand erheblicher Lungenkraft und unter Gebrauch der schlimmsten Schimpfwörter versuchten sie den Vorschlag des Aeltestenrates zu hintertreiben.

Sie, die weder Demokratie für das Volk noch die Mehrheit im Parlament anerkennen wollen, stützen sich dabei in demagogischer Weise auf die verfassungsmäßigen Rechte! Dabei muß jeder unbefangene Mensch zugeben, daß in einer solchen schweren Zeit (die schwerste für Deutschland seit Menschengedenken), wir uns den Luxus eines kostspieligen und aufregenden Wahlkampfes ersparen müssen.

Uns Sozialdemokraten ist der Bestand der Republik und die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung viel zu heilig, als daß wir jetzt aus Parteirücksichten die Möglichkeit, wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen, hintertreiben wollen.

Unseren Genossen auf dem Lande empfehlen wir aber dringend, trotzdem die weiteren Vorarbeiten zu den Wahlen nicht auszusetzen, sondern durch geeignete Vorträge unsere Mitglieder auf die Wichtigkeit der kommunalen Mitarbeit und Mitbestimmung aufmerksam zu machen.

Groß-Tschansch. Deutschpolitische Uebungen. Seit einiger Zeit werden eine Anzahl junger Leute von 17—25 Jahren auf dem Gelände von Groß-Tschansch, Radwanitz und Tschechnitz beobachtet, wie sie Uebungen abhalten. So auch am Sonntag, den 23. September, vormittags, in Stärke von 27 Mann, erschienen sie wieder und wurden von einigen Genossen beobachtet, wie sie in Gruppen aufzogen und dann ausschwärmten. Durch Händeklatschen wurde Gewehr- und Maschinengewehrfeuer nachgeahmt. Als sie auf ein Ackerstück eines Genossen kamen, wurden sie nach ihrem Vorhaben gefragt und die Antwort: „Wir gehen spazieren". Sie wurden festgehalten und der auf einem Dienstgange befindliche Landjäger aus Brockau herangeholt, der nach dem Führer frug. Dieser tat dasselbe, was Wilhelm und Ludendorff tat, er war nicht zu finden. Nachdem die Personalien festgestellt, wollten sie ihr Treiben weiter fortsetzen, wurden aber daran gehindert. Welchen Mut sie hatten, bewiesen sie dadurch, daß zwei Genossen sie in Schach hielten. Da die Betreffenden aus Brockau waren, möge die dortige Behörde einmal zum Rechten sehen, und diesem Gelichter das Handwerk legen. Deshalb, Arbeiter, Augen auf!

Klein-Tschansch. Kriegervereinler werden gesucht. Um den zusammengebrochenem Kriegerverein neue Mitglieder zuzuführen, wurden an einige Krieger Einladungen gesandt zu einer Versammlung, welche im „Kronprinzen" stattfand. Ihnen wurden die Satzungen gleich übermittelt und zwar folgenden Inhalts: „Die Pflege patriotischen Sinnes, Bestätigung der Liebe und Stärkung der Treue zu Vaterland und Reich, die Erhaltung und Förderung der militärischen Erinnerung, sowie die der Kameradschaft auch im bürgerlichen Leben ist Zweck des Vereins. Der Verein wird daher hervorragende Gedenktage kameradschaftlich feiern und die Erinnerung an die letzten siegreichen Feldzüge wach zu erhalten streben, Unterstützungen an bedürftige Kameraden bezw. deren Familien sowie einen Beitrag zu den Beerdigungskosten nach dem Stande der Kasse zu gewähren. Auch das letzte Ehrengeleit soll jedem verstorbenen Kameraden gegeben werden. Zum Schluß wird geschrieben: „Die Not ist groß, wir brauchen auch Sie".

Werbt ständig für unsere Zeitung!

Aus Schlesien.

Die blutige Neisser Verfassungsfeier.

Die ersten Gerichtsurteile zur blutigen Neisser Verfassungsfeier sind gefällt worden. Es handelte sich bei den zum Abschluß gelangten Strafverfahren um ziemlich harmlose Demonstranten — mehr Mauthelden —, die in der Trunkenheit zu vorlaut gewesen sind und nicht rechtzeitig den Platz verlassen hatten. Angeklagt waren der Bauarbeiter Franz Franke und der Hilfsmonteur Bruno Hartmann aus Neisse, die bei ihrer Festnahme auch noch die Torheit begangen hatten, Widerstand zu leisten. Das war neben ihrem Schimpfen, das ihnen als Beleidigung der Schutzpolizei und öffentliche Aufreizung ausgelegt wurde, alles, das man ihnen zur Last legen konnte. In Anbetracht ihrer bisherigen Unbescholtenheit und sonstigen guten Führung fühlte sich der Gerichtshof veranlaßt, die Sache milder aufzufassen und er verurteilte Franke wegen öffentlicher Aufwiegelung, Beleidigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis und Hartmann wegen Aufwiegelung und Beleidigung zu zwei Monaten Gefängnis. Es wurde ferner bedingte Strafaussetzung beschlossen, wenn sie binnen Monatsfrist, Franke 1 Milliarde und Hartmann 500 Millionen Mark Geldbuße bezahlen und sich zukünftig einwandfrei führen. Die Bewährungsfrist wurde auf drei Jahre festgesetzt. Zwei Tage nach der blutigen Verfassungsfeier hatte der Handelsmann Friedrich Scholz aus Neisse mit Beamten der Schutzpolizei einen Zusammenstoß, wobei er dieselben öffentlich beleidigte. Auch er war angetrunken gewesen, wurde aber trotzdem vor den Kadi zitiert und erhielt drei Wochen Gefängnis zudiktiert, wovon eine Woche durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde. Da Scholz vorbestraft ist, wurde Strafaussetzung nicht gewährt.

Reichenbach. Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen wurde am Freitag am hellen Tage auf der Chaussee zwischen Langenbielau und Reichenbach verübt. Die Tat wurde an einem 14 Jahre alten geistesschwachen Mädchen begangen. Der sofort verständigten Polizei gelang es, den Täter in der Person eines in Reichenbach-Niederstadt wohnenden Maurers zu ermitteln und zu verhaften.

Schmiedeberg. Schließung von Hohenwiese. Die Landesversicherungsanstalt Schlesien sieht sich infolge finanzieller Schwierigkeiten gezwungen, ihr Frauen-Erholungsheim sowie das Männer-Erholungsheim Hohenwiese zu schließen. Das Genesungsheim Buchwald bleibt geöffnet, jedoch wird auch hier die Zahl der Patienten sehr verringert.

Liegnitz. Ein trübes Bild unserer Wirtschaftslage ergab die Stadtverordnetensitzung. Der Gaspreis wurde auf 11 Millionen Mark per Kubikmeter festgesetzt. Die Bemühungen des Magistrats um eine Besserung der Milchversorgung sind gescheitert. Für einen Raum zur Unterbringung der Obdachlosen für die Nacht wurden 12 Milliarden Mark bewilligt.

Glogau. Schlangestehen, die berühmte Erscheinung der Kriegszeit, ist wieder an der Tagesordnung. Das Neueste auf diesem Gebiet ist der Andrang nach Monopolschnaps. Das Monopolgeschäft in der Langenstraße wurde dieser Tage so stark „belagert", daß Schupo für Ordnung vor der Ladentür sorgen mußte.

Neiße. Verhaftet wurde ein hiesiger Postbeamter nebst Frau, die hierselbst ein Wohlleben ad libitum führen konnten auf Grund ihrer versilberten Dollarscheine, die der Ehemann aus amerikanischen Briefen herausholte. Inzwischen warteten die Empfänger vergeblich auf die Zuschüsse ihrer begüterten Verwandten aus Amerika. Die Sache kam heraus beim Wechseln eines größeren Postens Dollarscheine, wozu die Ehefrau sogar nach Brieg gefahren war, wo man aber Verdacht schöpfte, antelephonierte und das saubere Ehepaar festsetzte.

Friedland. Den Kopf nicht aus dem Eisenbahnfenster stecken. Auf der Strecke von Friedland nach Langwaltersdorf ragte ein Pfeiler mit einer Warnungslampe, der bei einem Brückenbau aufgestellt war, in die Strecke herein. Einem jungen Manne aus Friedland, der sich zu weit aus dem Fenster gelehnt hatte, wurde dadurch der Kopf zertrümmert. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Gleiwitz. Firma Schieber & Co. Hier hat sich ein Konsortium gebildet, das sich auf Schiebungen mit Koks verlegte. Schwere Urkundenfälschungen, Betrug und Unterschlagungen spielten bei diesem keine Rolle, bis es der hiesigen Kriminalpolizei nunmehr gelang, einen Postbeamten festzunehmen, der mit Hilfe von ungetreuen Angestellten Schiebungen unternahm. Er hatte wiederum einen Waggon Koks mittels gefälschter Frachtbriefe nach dem Inland verschieben wollen und hatte sich auch bereits den Anschaffungspreis in Höhe von 10 Milliarden von der Bestellfirma widerrechtlich angeeignet. Bei dieser neuen Tat konnte er gefaßt und verhaftet werden. Auch seine Helfershelfer wurden ermittelt und festgenommen.

Außenpolitische Wochenschau.

Bürgerliche Klasseninteressen am Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr. — Die Rückkehr zur Erfüllungspolitik. — Was kann Frankreich tun?

Das entscheidende außenpolitische Ereignis der Woche ist der Abbruch des passiven Widerstandes an der Ruhr durch die deutsche Reichsregierung. Die deutschnationale Geschichtslegende versucht daraus einen neuen Verrat der deutschen Linksparteien an Deutschlands nationaler Sache zu konstruieren. Die Unhaltbarkeit dieser Konstruktion ergibt sich eigentlich schon aus der Tatsache, daß es Dr. Gustav Stresemann ist, der als Leiter der deutschen Außenpolitik diese Maßnahme verantwortet. Stresemann ist nicht nur seit gut zwei Jahrzehnten als führender Mann der alten Nationalliberalen und der späteren Deutschen Volkspartei, also ausgesprochener Rechtsparteien, bekannt. Er ist auch gerade in den Kriegs- und Nachkriegsjahren als persönlicher Anhänger des U-Bootkrieges, als Gegner der Unterzeichnung des Friedensvertrages und als Gegner der Annahme des Londoner Ultimatums vom Frühjahr 1921 hervorgetreten. Wenn ein solcher Mann jetzt den Abbruch des passiven Widerstandes gegen den französischen Einbruch für unbedingt notwendig hält, so beleuchtet das die Zwangslage der deutschen Außenpolitik mit greller Schärfe. Es beleuchtet zugleich die Zwangslage der Erwerbsschicht — marxistisch gesprochen: der Klasse — die in Dr. Stresemann ihren Sprecher und politischen Interessenwanwalt sieht, der deutschen Fertigwaren-Industriellen und weiter Kreise des deutschen Großhandels. Diese Unternehmerkreise werden durch die Wirtschaftslage infolge des Ruhreinbruchs zwar gewiß noch nicht so hart bedrängt wie die Massen der deutschen Arbeiterschaft und des immer stärker proletarisierten städtischen reichsdeutschen Mittelstandes. Geschäfte können auch sie in der heutigen deutschen Wirtschaftslage nicht mehr machen, ja, der „Substanzverlust", über den Kleinhändler, Handwerker und gewerbliche Kleinunternehmer in Deutschland seit langem klagen, ergreift auch die größeren Betriebe der Textil-, Maschinen- und übrigen Fertigwaren-Branchen. Während die Schwerindustrie die Einschränkung der Weltproduktion an Kohle und Eisen durch die Ausschaltung des Ruhrgebietes zur Heraufsetzung ihrer Kartellpreise über die Goldpreise der Friedenszeit hinauf ausnutzt und diese erhöhten Preise auch bezahlt erhält, findet die deutsche Fertigwaren-Industrie durch die wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Armut immer geringeren Absatz auf dem inneren Markt, findet sie angesichts ihrer teuren Rohstoff- und Hilfsstoffeinkäufe bei den schwerindustriellen Kartellen im Inlande und auf den nur mit Devisen zu erreichenden Rohstoffmärkten des Auslandes auch immer geringere Exportmöglichkeiten. Diese Konjunktur ist es, die sich in der Haltung der Deutschen Volkspartei widerspiegelt. Sie ermöglicht es, den volksparteilichen Führern das Interesse der Reichsfinanzen der deutschen Republik an der Beendigung des Ruhrkrieges wahrzunehmen, weil es mit dem Interesse der von ihnen vertretenen Schichten gegenwärtig gerade zusammenfällt.

Bezeichnend ist es, daß selbst der bayerische Ministerpräsident, von Knilling, auf der Konferenz der Ländervertreter in Berlin keinen Widerspruch gegen die Politik Stresemanns erhoben hat. Er handelt dabei in Uebereinstimmung mit dem bayerischen Thronprätendenten Rupprecht, der ja ebenfalls vor kurzem öffentlich riet, den Weg der Verhandlungen in der Außenpolitik nicht zu verachten und im Kampfe „bei widrigem Winde die Segel zu reffen". In dieser Stellungnahme spiegelt sich außer einer ähnlichen Lage des Klasseninteresses wie bei den von der Deutschen Volkspartei vertretenen Schichten auch eine pessimistische Beurteilung der außenpolitischen Möglichkeiten eines reaktionären Regimes in Deutschland. Könnte der bayerische Separatismus auf günstigere Bedingungen in Paris hoffen als die Berliner Koalitionsregierung, so würde er diese Möglichkeit der Bewährung wohl nicht ungenutzt vorbeigehen lassen.

Nur die deutschnationale Demagogie und die kommunistische Katastrophenpolitik stellen sich also in offene Opposition gegen die Wendung der deutschen Außenpolitik. Den Agrariern und Schwerindustriellen ist es angesichts ihrer günstigen Wirtschaftslage gleichgültig, ob eine Fortsetzung des Kampfes im Westen die Bedrückungsmaßnahmen des französischen Imperialismus immer weiter verschärft und die Reichsfinanzen vollends ruiniert. Ja, diese zweite Wirkung wäre ihnen sogar geradezu erwünscht. Ist doch nicht zufällig als Repräsentant der deutschnationalen Opposition bei der Besprechung der Reichsregierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes der berüchtigte Steuergroßschieber van Kerkoff aufgetreten, der ja als Privatmann seiner Feindschaft gegen die Finanzen der deutschen Republik schon erfolgreich Ausdruck gegeben hat und nur durch die ungeheure Fülle der gegen ihn erhobenen Steuerschiebereibeschuldigungen und durch die Verhältnisse im besetzten Gebiet bisher noch der Aburteilung entging. Den Kommunisten aber erscheint der Zusammenbruch Deutschlands als gute Agitationsgrundlage.

Der Abbruch des passiven Widerstandes bedeutet für Deutschland die Rückkehr zur Erfüllungspolitik. Stresemann hat in den Besprechungen, die dem Entschluß der Reichsregierung vorhergingen, offen dargelegt, daß er lieber zunächst Verhandlungen begonnen und dann erst gegen bestimmte französische Zusagen den Widerstand abgebrochen hätte. Poincaré hat aber bis zuletzt jede Verhandlung abgelehnt, solange der Widerstand noch fortdauere. Ja, er läßt auch jetzt ankündigen, daß die bloße Mitteilung von der Schwenkung der Berliner Politik ihm nicht genüge, ehe er nicht im Ruhrgebiet selbst den Abbruch der Kampfmaßnahmen vollzogen finde. Die Arbeit müsse dort erst wieder aufgenommen sein und Erträge bringen, ehe Deutschland für ihn verhandlungsfähig sei. Wie rasch dieser Zustand erreicht sein wird, ist heute noch nicht zu übersehen. Widerstand gegen die Abbruchparole dürfte im Ruhrgebiet trotz der rechts- und linksradikalen Agitation keinen großen Erfolg haben, sobald die Berliner Zahlungen für den Abwehrkampf dauernd ausbleiben. Was aber wird Frankreich tun, wenn nun tatsächlich die Arbeit wieder aufgenommen und der letzte Vorwand gegen Verhandlungen damit fortgefallen ist? Die Räumung des Ruhrgebietes, die vielleicht vor einem Jahre durch geschickte Angebote noch zu erreichen gewesen wäre, hat es heute leider kaum mehr nötig. Aber schon die Wiederaufnahme der Arbeit bedingt auch die volle Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Verwaltung und damit also die Verhinderung weiterer Absperrungs- und politischer Losreißungsbestrebungen. Das weitgehendste Ziel der französischen Annexionisten, die politische Annexion des alt- und neubesetzten Gebietes in irgendeiner Form, wird also schon dann verhindert, wenn Frankreich die neue Wendung der deutschen Politik nicht geradezu sabotiert, was nach seiner rein wirtschaftlichen Interessenlage sehr unwahrscheinlich bleibt. Schon ohne besondere Konzession der Pariser Regierung erreicht die neue Wendung der deutschen Politik also eine gewisse Erleichterung für die besetzten Provinzen, eine Besserung der Aussichten auf die Unversehrtheit der politischen Grenzen des Deutschen Reiches von 1919. Es wird nun weiterhin Aufgabe der Erfüllungspolitik sein, die französische Wirtschaft wirtschaftlich am schrittweisen militärischen und politischen Rückzuge aus dem neubesetzten Gebiet zu interessieren. Eine undankbare und schwierige Aufgabe, von der niemand heute mehr sagen kann, ob sie restlos lösbar ist, während bis zum Antritt der bürgerlichen Cuno-Regierung mit ihrer Politik der Nichterfüllung 1½ Jahre Erfüllungspolitik wenigstens jede Erweiterung der Besetzung noch hätten verhindern können. Die Wiederaufnahme der Erfüllungspolitik ist ein Schritt ins Dunkel; aber es ist der einzige Schritt vorwärts, der Deutschland überhaupt noch übrig bleibt. Und wenigstens das eine erscheint sicher, daß die konsequente Festhaltung der wiederaufgenommenen Linie die französischen Wahlen des nächsten Jahres auf jeden Fall günstig beeinflussen wird und daß dann Nur zur Erfüllung des Friedensvertrages bereites Deutschland endlich auch wieder ein mindestens streng vertragstreues, wenn nicht zur Milderung des Vertrages bereites Frankreich gegenüberstehen wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Zum ersten Mal seit Beendigung des Krieges organisierte die vor 13 Jahren gegründete Vereinigung für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Luxemburg vom 9. bis 11. September einen ordentlichen Internationalen Kongreß. Außer den internationalen Institutionen, so u. a. dem IGB., waren ungefähr 20 Staaten Europas und Amerikas offiziell vertreten. Die zur Behandlung gelangten Punkte, sowie die im Zusammenhang damit gefaßten Beschlüsse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. **Die Einwanderungsfrage:** Da die gegenseitigen Beziehungen der einzelnen Sektionen während des Krieges vollständig unterbrochen waren und sich die Verhältnisse auf diesem Gebiet wesentlich geändert haben, konnte der Kongreß keine sofortigen konkreten Beschlüsse fassen. Die diesbezügliche Resolution faßt sich denn auch kurz. Das Bureau und die Sektionen werden eingeladen, national und international zunächst die nötigen Informationen zu sammeln, um ein gemeinsames Programm ausarbeiten zu können.

2. **Arbeitslosigkeit der Intellektuellen:** Auch in der Resolution zu diesem Punkt wird vor allem die Beschaffung des nötigen Dokumentenmaterials verlangt. Die Frage soll auf der Konferenz des Jahres 1924 wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktes der Intellektuellen, des nationalen und internationalen Arbeitsnachweises, der Berufsberatung und der Auswanderungsfrage.

3. **Berufsberatung:** Das Fehlen einer allgemeinen systematischen Berufsberatung ist ebenfalls eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit. Die Schaffung von Instituten, die die nötigen objektiven Auskünfte über den Arbeitsmarkt, die Berufsmöglichkeiten und Erfordernisse geben, soll möglichst gefördert werden. Auf dem Gebiet des Lehrlingswesens tritt der Kongreß für eine Dauer der Lehrzeit ein, die mit den Ansprüchen des Berufes im richtigen Verhältnis stehen, ferner für eine angemessene Entlohnung. Endlich weist er auf die Gefahren einer zu weit gehenden Berufsspezialisierung hin.

4. **Die Arbeitslosenunterstützung:** Der Kongreß bestätigt die im Zusammenhang mit der Behandlung der Frage der Arbeitslosenversicherung im Jahre 1913 gefaßten Beschlüsse, in denen hauptsächlich verlangt wird, daß das Hauptziel bei der Arbeitslosenfrage die Beschaffung von Arbeit sein müsse.

Eine Resolution über die allgemeine wirtschaftliche Desorganisation tritt für eine nach internationalen Gesichtspunkten orientierte Politik der freien Zirkulation der Güter ein. Durch Anknüpfung internationaler, finanzieller Beziehungen soll neuen Währungskatastrophen entgegengearbeitet werden. In allen Ländern sollen nach einheitlicher Methode Produktionsstatistiken angelegt werden. Weitere Forderungen sind: Erleichterung der zweckmäßigen Einwanderungen; Förderung eines permanenten systematischen Arbeitsnachweises in allen Ländern, Verallgemeinerung der Arbeitslosenversicherung.

Achtung, Beschäftigte in den mechanischen Stickereien!

Auf dauernde Anfragen, welche Lohnsätze in den mechanischen Stickereien Geltung haben, geben wir folgendes bekannt:

Laut Tarifabkommen vom 1. 8. 1923, vereinbart zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband, Bezirksfiliale Breslau und dem Reichsverband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes sowie dem Arbeitgeberverband des Breslauer Einzelhandels e. V., steigern und senken sich die Löhne je nach der Errechnung der Inderziffer des Breslauer Lohnamtes. Als Grundziffer wurde der Durchschnittsinder vom 28. 7. zur Errechnung festgelegt, dieser betrug 970 540, die Durchschnittsinderziffer vom 21. 9. beträgt 532 199 271, ergibt eine Steigerung von 54 735 % und es gelten demnach folgende Löhne für die Woche vom 23. bis 29. September:

a) Kurbelstickerinnen:

1. Anfängerinnen im 1. Jahre	117 056 800
2. " " 2. "	175 612 500
3. Vorgeschrittene	263 336 500
4. Selbständige	409 726 000

b) Maschinenplattstickerinnen:

1. Anfängerinnen im 1. Jahre	117 056 800
2. " " 2. "	175 612 500
3. Vorgeschrittene	234 113 500
4. Selbständige	351 225 000

c) Handstickerinnen:

1. Anfängerinnen mit Vorkenntnissen im 1. Jahre	117 056 800
2. " " " " 2. "	146 234 500
3. Vorgeschrittene	204 890 300
4. Selbständige	321 947 000

d) Zeichner und Zeichnerinnen:

1. Hilfszeichner und Stecher	588 515 800
2. Zeichner, selbständige Mustermacher	760 950 800
2. Hilfszeichnerinnen und Stecherinnen	321 947 000
4. Zeichnerinnen, die selbständige Entwürfe fertigen	526 782 500

e) Pauserinnen:

1. Anfängerinnen	117 056 800
2. Selbständige	234 113 500

f) Hohlsaumnäherinnen:

1. Anfängerinnen	117 056 800
2. Vorgeschrittene	204 890 300
3. Selbständige	307 308 300
4. Verputzerinnen	204 890 300
5. Plätterinnen	204 890 300
6. Knopfarbeiterinnen	234 113 500

Da auch **Arbeitsmädchen** in diesen Betrieben beschäftigt werden fanden erneute Verhandlungen am 24. September vor dem Arbeitgeberverband des Breslauer Einzelhandels, e. V. statt, wo festgelegt wurde, daß den Arbeitsmädchen 80 % des jeweiligen Lohnes der Anfängerinnen als Wochenlohn zu zahlen ist.

Sollten noch irgendwo mechanische Stickereibetriebe bestehen, die diese Lohnsätze nicht zahlen, dann ist den Beschäftigten zu empfehlen, soweit sie es noch nicht getan haben, beim Deutschen Textilarbeiterverband, Bezirksfiliale Breslau, Margaretenstraße 17, III. Etg., Zimmer 71/72 sich als Mitglied anzumelden, damit die Durchführung dieses Vertrages auch bei diesen Firmen angewandt werden kann. Sollten sich irgendwo Arbeitgeber bereit erklären höhere Lohnsätze zu zahlen, was sehr erfreulich wäre, dann bitten wir aber auch diejenigen Beschäftigten der betreffenden Betriebe uns davon Kenntnis zu geben.

Deutscher Textilarbeiterverband, Bezirksfiliale Breslau.

Neue Lohnregelungen im Bekleidungsgewerbe für die Lohnwoche vom 23. bis 29. September.

In der Herren- und Knabenkonfektionsbranche haben für die Lohnwoche vom 17. bis 22. September Revisionsverhandlungen mit dem Ergebnis stattgefunden, daß der Teuerungszuschlag für die eingehend bezeichnete Lohnwoche 1 108 446 600 Prozent beträgt. Die Kinderkonfektionsbranche bekommt einen solchen von 1 002 980 000 Prozent. Für die im Titel bezeichnete Lohnwoche liegt bis zum Augenblick noch kein Ergebnis vor. Sofern ein solches eingeht, werden wir umgehend an dieser Stelle berichten.

In der Herren- und Damenmaßbranche gestalten sich die Spitzenstundenlöhne für diese Lohnwoche wie folgt: Herrenmaßschneider 15 995 000 Mark, Damenmaßschneider 18 781 000 Mark und Jackenarbeiterinnen 11 187 000 Mark. Die Staffelung in den einzelnen Ortsklassen beträgt 300 000 Mark.

Wie für die obigen Branchen, so sind auch für alle übrigen neue Lohnsätze tariflich festgelegt worden. Alle in Frage kommenden Tarife können ab Donnerstag, den 27. d. Mts., im Bureau des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes, Margaretenstraße 17, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches abgeholt werden.

Neue Töpferlöhne.

Für die Töpfer gilt für die Zeit vom 21. bis 27. September folgender Lohn:

Ofensetzer	14 130 000 Mark
In der Werkstatt Arbeiter	13 729 000 Mark
Akkordsatz für Ofensetzer	2 355 000 000 Prozent
Akkordsatz für Simszeug	2 288 000 000 Prozent
Akkord für Kachelzeug	2 046 000 000 Prozent
Der Lohn für Hilfsarbeiter beträgt an der Spitze	11 470 000 Mark

Die Ortsverwaltung.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	26. 9.	25. 8.
für 1 amerikanischen Dollar	125685000,00 M.	120697500,00 M.
" 1 englisches Pfund	573562500,00 "	548625000,00 "
" 1 französischen Frank	7780500,00 "	7660500,00 "
" 1 holländischen Gulden	4947600,000 "	47481000,00 "
" 1 Schweizer Franken	22543500,00 "	21605850,00 "
" 1 österreichische Krone (abgest.)	1775,55 "	1715,70 "
" 1 tschechische Krone	3750600,00 "	3620925,00 "
" 1 dänische Krone	22543500,00 "	21745500,00 "

Morgen Freitag, den 28. September, abends ½8 Uhr:

Generalversammlung des „Vorwärts"

im Gewerkschaftshause. — Zutritt nur gegen Vorzeigung der Wareneinkaufs-Kontrollkarte gestattet. 2507

Familien-Anzeigen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Am Dienstag, den 25. September, früh 5 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Klempner 2513

Josef Juwig

im Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs in Cosel.

Am 25. September verschied die Frau unseres Mitgliedes, des Kesselschmiedes Zimmer

Frau Martha Zimmer

im blühenden Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Unterstützungskasse der Kesselschmiede L.-H.-L. Werk Breslau.

Beerdigung: Freitag, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Neue Höchstpreise für Kohlen und Briketts.

I. Die Lieferungen für den Zentner ab 27. September 1923

	ab Lager	frei Haus	frei Keller
a) Stück, Würfel, Nuß	90 000 000	93 500 000	94 950 000 Mk.
b) Braunkohlenbriketts	65 000 000	68 500 000	70 000 000 "

II. Ermäßigung frei Haus und frei Keller:

bei mehr als 10—30 Zentner 300 000 Mk. für den Zentner,
" " " 30—50 " 400 000 " " " "
" " " 50 " 600 000 " " " "

III. Erhöhung für den Zentner bei Lieferungen über 50 m zwischen Bordsteinkante und Lagerraum oder Anstieg von wenigstens 6 Stufen bei Steinkohlen 680 000 Mk., bei Braunkohlenbriketts 750 000 Mk. 2508

Der Magistrat.

Stadttheater.
Donnerstag 7½ Uhr: **Fidelio.**
Freitag 7½ Uhr: **La Traviata.**
Sonnabend 7 Uhr: **Der Rosenkavalier.**

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Donnerstag 7½ Uhr: Gastspiel **Edith Karin**
Der letzte Walzer.
Freitag 7½ Uhr: Letztes Gastspiel **Edith Karin**
Katja, die Tänzerin.
Sonnabend u. täglich 7½ Uhr: In neuer Ausstattung: **Der Gauklerkönig.**
Sonntag nachmittag 3½ Uhr: **Die Förster-Christel.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Freitag, 28. September, nachm. 5 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses:
Versammlung
für die Betriebe unter Landestarif.
Tagesordnung:
1. Die Maßnahmen der Arbeitgeber über Lohnabzug.
2. Aussprache.
Mitgliedsbuchkontrolle. 2514
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Bauschlosser
Sonnabend, den 29. September, nachm. 5½ Uhr, im Zimmer 7.8 des Gewerkschaftshauses: 2504
Außerordentl. Versammlung
Bericht über Lohnverhandlungen.

Bekanntmachung.

Zur Behebung des Mangels an Geldscheinen werden von uns neue Gutscheine über

Eine Million Mark
Zwei Millionen Mark und
Fünf Millionen Mark

ausgegeben. Diese Scheine unterscheiden sich von den bereits ausgegebenen Scheinen nur in

a) dem Ausgabetage (23. 8. 1923), 1940
b) dem Buchstaben A hinter der Nummer.
Die Numerierung beginnt wieder mit der Zahl 1,
c) der Gültigkeitsdauer bis 31. 12. 1923.

Ferner wird die Einlösungsfrist der bereits im Verkehr befindlichen Gutscheine bis auf weiteres verlängert. Wann diese Scheine ihre Gültigkeit verlieren, wird bekanntgegeben werden.

Reichsbahndirektion.

Stockschirm m. hell. Krücke u. Lederüberz. Mittwoch früh Berl. Platz bis Anlsger. verl. Da Kriegsandenken, bitte geg. h. Belohn. abzug. Restaurant Berliner Str. 85.

Die Volksschule als Einheitsschule
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Thalia-Theater.
Telefon Ring 6790
Heute 7½ Uhr: **Die Sache mit Lola** mit Ludwig Stössel. 2509
Freitag 7½ Uhr zum letzten Male: **Willis Frau**
Sonnabend 7½ Uhr Premiere **Der wilde Theodor** mit Ludwig Stössel.

MARMOR HAUS
Theater-Varieté Friedr.-Wilhelm-Str. 35
Nur noch 4 Tage die neuen Sensationen im Gastspiel **Erik Jan Hanussen** u. **Martina Ferra.**
Vorverk. b. d. bek. Stell.

Zeltgarten
Ltd. Kabarett. Einzig. Sommer-Varieté!
Letzte Woche **Das große Programm**
Anfang 8 Uhr. 2511

„Der wahre Jakob" Heft 1200000 Mark.

LUNAPARK-FESTSÄLE
Direktion: Schickeisen.
Sonntag, Dienstag, Donnerstag: **Vornehmer Ball.** **Verkehrter Ball** 2 Kapellen. Eintritt frei.
An den anderen Tagen: Vereinsvergnügen.

Gold-, Silber-, Platin-
Bruch — Gebisse kauft zu höchsten Tageskursen
Georg Langer, Goldschmied
Kein Laden! Neue Taschenstraße 33, I Kein Laden!
2 Minuten vom Hauptbahnhof, neben der Schauburg.

Jeden Sonnabend ab 3 Uhr
Ferkelverkauf
in Klettendorf, Rößners Gasthaus.
2519 Heinze.

Rindfleisch
junge Ware, Pfund von 24 Millionen an beginnt Freitag und Sonnabend
Hermann Sandeck, Fleischermeister
Breslau-Carlowitz, Hundsfelder Chaussee 112.

Achtung! Achtung!
3 billige Tage
Donnerstag, den 27. bis Sonnabend, den 29. Sept.
in Stoffresten
passend für Anzüge, Kostüme, Mäntel, Kleider, Hosen usw. sowie
billige Stoffe
Lassen Sie sich das günstige Angebot nicht entgehen, ehe der Dollar steigt!
Bequeme Teilzahlung ohne Preisaufschlag.
Tuchhandlung 2519
Altbüßerstraße 53 (1 Minute vom Ring).

Schlafzimmer
Speisezimmer
2159 **Küchen**
p. Kasse evtl. Teilzahlung
Karsunky & Co.
Rosenthalerstr. 2, I.
Ecke Matthiasstraße.

! Frauen !
Wenden Sie sich sofort bei **Störungen**
nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Erfolge d. m. Präparate. Viele freiwillige Dankschreiben. Frau D. schreibt: Heute holte ich mir Ihr Mittel und morgen trat der Erfolg ein.
Sämtliche Frauenartikel. Weißflußmittel.
Auskunft gegen Rückporto.
Frau M. Böhm, Breslau II, Grünstr. 9, 5 Min. v. Hauptbahnh.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Käufe
Säcke
kauft zu hohen Preisen
Boy & Co.
Düppelstraße 1
Tel. Ohle 6846.

Säcke
neu und gebraucht, kauft
Breslauer Säcke-Haus
Bockstraße 1.
Telephon Ohle 6755.

Futterreste!
Garn, Zwirn, Köper, Leinen, Aermelfutter, Hemdentuche, Serge, Stoff zahlt höchste Preise, mehr wie die Konkurrenz, kauft auch Original
Frau Frida Lippert Heinrichstr. 16, Laden.

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerin
für innere Stadt gesucht.
Verlag der Volkswacht
Breslau, Flurstraße 4/6.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer, für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Grünstr. 46. — Hauptexped: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 27. September.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Montag, den 1. Oktober, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine **öffentliche Volksversammlung** statt. Es werden sprechen:

1. Frau Landtagsabgeordnete Genossin **Wegscheider** über **„Sozialdemokratische Schul- und Kulturpolitik“.**
2. Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. **Löwenstein** über **„Staatsschule oder Kirchenschule“.**

Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 200 000 Mark erhoben. Arbeitslose Parteigenossen haben freien Zutritt. Die Vertreter der staatlichen und städtischen Schulverwaltung sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Auf, Arbeiter, Genossen! auf in diese Versammlung, in der von berufenen Parteiführern Zeugnis abgelegt werden wird über die Kulturpolitik der VSPD.

Volkstanzgruppe der Arbeiterjugend. Heute, abend pünktlich 7¾ **Uhr,** in der Garderobe des Gewerkschaftshauses Uebung.

Arbeiterkinderfreunde. Die Helfer treffen sich am Donnerstag ½7 Uhr zu ihren gemeinsamen Besprechungen. Bücher sind zum Umtausch mitzubringen.

Zu Bruno Geisers Beerdigung.

Die „Liegnitzer Volkszeitung“ erinnert unter Wiedergabe unseres Artikels an den Tode[illegible] Bruno Geisers und ein alter Liegnitzer Genosse schreibt dazu.

Was die „Volkswacht“ [illegible]er schreibt, ist wirklich Tatsache, da ich selbst an der Beerdigung teilgenommen und sehen mußte, wie der Arbeiterschaft der Mund an dem Grabe des hochgeschätzten Toten verschlossen bleiben mußte. Auf dem Kirchhof verteilt blitzte da und dort eine Pickelhaube auf. Ein leiser Schwur stieg aus aller Genossen Seele, als unser alter Liebknecht an die Grabesöffnung trat und so lautlos, wie alle anderen Parteigenossen, die drei Handvoll Erde hineinwarf, als Abschiedsgruß an die eben in die Erde versenkte sterbliche Hülle des Toten, ein Schwur, bis zum letzten Atemzuge Bahnbrecher des Sozialismus zu sein, wie dieser alte Veteran und sein Schwiegersohn. Lautlos, wie gekommen, ging die Trauerversammlung auseinander, nur vor das Portal des Friedhofes rasselte eine Equipage, gezogen von zwei feurigen Rappen, in die eine ehemalige württembergische Prinzessin und eifrige Parteigenossin, Frau Dr. Willi[illegible]m, einstieg und gewissermaßen als Vorahnung gelten konnte, daß die sozialistische Bewegung einst in ein etwas schnelleres und feuriges Tempo kommen wird und muß und auch einst Menschen aus ehemals bürgerlichem Stande in ihrer Gefolgschaft sein werden.

Den jungen Sozialisten aber sei diese Erinnerung an Bruno Geiser, die eine Erinnerung an schmachvolle Zeit ist, wo die Sozialdemokratie noch unterdrückt war, ein Ansporn zu Tatkraft und unwandelbarer Treue zu unserer Partei. R. M—e.

Auch ein Verfechter der Republik.

Am Mittwoch stand Herr Hanteda-Fleischmann wieder einmal vor dem Schöffengericht, um sich wegen Beleidigung des früheren Polizeipräsidenten Genossen Voigt zu verantworten. Fleischmann hatte sich zu wiederholten Malen im Jahre 1920 in seinem Wochenblatt mit der Person des Genossen Voigt beschäftigt. Am 28. Februar 1920 erschien auf der ersten Seite ein Leitartikel mit der Ueberschrift: „Die Anklagen des Polizeipräsidenten Voigt“. In diesem Artikel wurde nicht nur der Genosse Voigt in der schmählichsten Weise beleidigt und verleumdet, sondern auch sogar dessen Frau mit hineingezogen. Es war darin von Gerüchten die Rede, die über den Polizeipräsidenten und dessen Frau im Umlauf seien, und in denen gesagt werde, daß der Polizeipräsident weit über seine Verhältnisse lebe, er einen kostbaren Pelz trage und sich seine Frau an Tanzkonkurrenzen beteilige. In versteckter Form wurde dann angedeutet, daß erzählt würde, er bestreite diesen Aufwand aus Mitteln, die ihm von Spielklubs zugewandt werden. Die eingeleitete Untersuchung ergab die völlige Haltlosigkeit dieser Behauptungen und deshalb stellte Regierungspräsident Dr. Jaenicke, als Vorgesetzter des Genossen Voigt, Strafantrag gegen Hans Hanteda-Fleischmann wegen Beleidigung.

Fleischmann bestritt vor dem Schöffengericht, daß es seine Absicht sei, Voigt habe sich von Spielklubs Zuwendungen machen lassen, und bedauert, daß ein von ihm angebotener Vergleichsvorschlag vom Genossen Voigt nicht angenommen wurde. Da sein Vergleichsvorschlag auch jetzt wieder abgelehnt wurde, erklärte er: „Nun könne er nicht mehr länger schweigen“. Den zur Anklage stehenden Artikel habe er lediglich als guter Republikaner geschrieben, da er sich verpflichtet gefühlt habe, den Polizeipräsidenten, als hohen Beamten der jungen Republik, gegen solche Gerüchte zu schützen, damit die Republik nicht Schaden nehme. Im selben Atemzuge aber versuchte er Frau Voigt dadurch beim Gericht herabzusetzen, daß er von ihr von der früheren Arbeiterin sprach und dem Genossen Voigt vorwarf, daß er als Maurergeselle niemals eine Stellung als Polizeipräsident bekleiden könne, und dieser auch vor Gericht einen „kläglichen Eindruck“ mache.

Rechtsanwalt Bandmann, als Vertreter des Nebenklägers Voigt wies auf den Widerspruch des Angeklagten hin, der sich als glühender Republikaner hinstellt, also auch die Forderung: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ unterschreiben würde, von einem arbeitenden Menschen, als von etwas Minderwertigem spricht. Daß man aber solche Artikel zum Schutze der Republik schreibe, seien leere Ausflüchte, die einen Mangel an Mut beweisen. Aus dem Hinterhalt hat sich der Angeklagte in hämischer Weise hinter Gerüchten zu verschanzen versucht. So etwas ist unanständig. Und um so unanständiger, als auch die Frau Voigt mit in die Beleidigung hineingezogen wurde. Es geht Herrn Fleischmann gar nichts an, was Frau Voigt macht, oder wo die Familie die Mittel für ihren Aufwand hernimmt. Fleischmann aber hat diesen Artikel nur aus schnödester Gewinnsucht geschrieben, um seinem Blatte, mit einer sensationellen Ueberschrift, einen größeren Absatz zu sichern.

Dieser Ansicht, daß Fleischmann in gewinnsüchtiger Absicht gehandelt habe, schloß sich auch das Gericht an und verurteilte ihn zu 100 Millionen Mark Geldstrafe und Publikation des Urteils in der „Freien Meinung“. Der Amtsanwalt hatte nur 10 Millionen Mark Geldstrafe beantragt.

Die „Vorwärts“-Generalversammlung

findet am morgigen Freitag, abends ½8 **Uhr,** im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Wie wir erfahren, wird nicht nur der Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923 vorgetragen, sondern es wird auch die Lage der Genossenschaft in der jetzigen schwierigen Situation erörtert werden.

Die Erhöhung der Geschäftsanteile wird auf 100 Millionen Mark beantragt, wovon von Neueintretenden neben 5 Millionen Mark Eintrittsgeld sofort 20 Millionen Mark und jede weitere Woche 4 Millionen Mark einzuzahlen sind.

Die Summe erscheint auf den ersten Blick als außerordentlich hoch. Es muß aber festgestellt werden, daß mit diesem Antrag der Grundsatz, wonach der Geschäftsanteil die Höhe des Wochenlohnes eines qualifizierten Arbeiters betragen muß, tatsächlich verlassen worodn ist. Warum dies geschah, wird wohl in der Generalversammlung gesagt werden.

Ferner ist eine Abänderung des erst am 30. Mai neu beschlossenen Statuts notwendig, da der Genossenschaftsrichter ganz unbegreiflicherweise aus den neueren Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes etwas herausliest, was gar nicht drin steht, und daher die erforderliche Eintragung in das Genossenschaftsregister verweigert. Die Mitglieder werden daher unzweideutig zum Ausdruck bringen müssen, daß sie innerhalb des gesetzlichen Rahmens vollständig souverän sind. Der Besuch der Generalversammlung ist daher Pflicht aller Mitglieder.

Die neuen Pläne der Volkshochschule

sind erschienen und im Volkshochschulamt (Springerstraße 5/9, III.) in Volksbüchereien und Lesehallen, in der Zentralarbeiterbibliothek (Gewerkschaftshaus), in der Volkswachtbuchhandlung, im Büro der Christlichen Gewerkschaften (Graupenstraße 11), im Büro des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (Dessauer Straße 18) und an anderen Stellen erhältlich. Da der Plan infolge der gewaltigen Druckkosten nur in kleiner Auflage hergestellt werden konnte, dürfte er bald vergriffen sein; es muß also sofortige Anschaffung empfohlen werden.

Ein Zentner Kohle 94860000 Mark.

Die ungeheure Frachterhöhung — ein Zentner kostet jetzt bei Steinkohle rund 17 250 000 Mark, bei Braunkohlenbriketts rund 21 000 000 Mark — das Steigen der Grubenpreise für deutsche Kohlen sowie die Erhöhung der Abfuhrkosten zwingen dazu die Kleinhandelshöchstpreise für Kohlen und Briketts heraufzusetzen. Bemerkt wird, daß in Berlin trotz der geri geren Fracht bereits seit zwei Tagen der Zentner Braunkohlenbriketts 78 830 000 Mark kostet. Die neuen Preise sind im Anzeigenteil veröffentlicht.

Betriebseinschränkungen bei der städtischen Straßenbahn.

Die ungünstige Finanzlage zwingt die Verwaltung der städtischen Straßenbahn zu ziemlich weitgehenden Betriebseinschränkungen, die vom 1. Oktober 1923 ab vorgenommen werden sollen, womit gleichzeitig einige Aenderungen in der Linienführung geplant sind.

Linie 1 verkehrt zwischen Scheitnig—Finkenweg (Radrennbahn) und Ring. Die korrespondierende Linie 21 kommt in Fortfall.

Linie 2 wird bis zur Schenkendorfstraße verkürzt.

Linie 3 fällt fort.

Linie 5 wird von der Kloster-, Ecke Lützowstraße bis Wachtplatz, von da, an Stelle der ausfallenden 1 und 21 bis zum Tschepiner Platz betrieben.

Linie 6 fällt fahrplanmäßig zwischen Schlachthof und Stadtgrenze, sowie zwischen Hubenstraße und Dürrgoy aus. Nach Bedarf werden die abgeschnittenen Endstrecken durch sogenannte Einmann-Wagen bedient.

Linie 7/8 fällt als Gürtelbahn fort (siehe 22/23).

Linie 15 verkehrt von Stein-, Ecke Bohrauerstraße bis zum Königsplatz. Vom Wäldchen (Heinrichstraße) bis Oswitzer Friedhöfe und Dorf Oswitz wird Anschluß an Linie 2 und 22/23 eingerichtet. Es bleibt vorbehalten, an Sonntagen über den Königsplatz hinaus Durchgangswagen einzulegen.

Linie 16 wird von der Gabitzstraße (Carolusstirche) über Viktoriastraße—Brüderstraße bis zur Kaiserstraße (Ecke Tiergartenstraße) verkehren.

Linie 17 kommt in Fortfall.

Linie 18 erfährt insofern eine Veränderung, als die Wagen nicht mehr über die Freiheits- sondern über die Lessingbrücke fahren, wodurch in der Adalbertstraße und Scheitniger Straße dichtere Zugfolge eintritt.

Linie 22/23 (R.) wird im Norden der Stadt den Rundbahn-, im Süden den Gürtelbahnweg laufen. Die Wagen fahren daher nicht mehr südwärts durch die Teichstraße, sondern über die Gartenstraße und den Sonnenplatz, also im Zuge der bisherigen Gürtelbahn. Durch diesen Lauf sind sämtliche vier Betriebsbahnhöfe Breslaus in Verbindung gebracht.

Daß durch die Einschränkungen den Fahrgästen manche Unbequemlichkeiten erwachsen werden, ist leider unumgänglich, zur teilweisen Behebung von Schwierigkeiten wird aber das zweimalige Umsteigen im Bedarfsfalle zugestanden. Umsteigefahrscheine werden jedoch nach wie vor nur auf Wunsch verausgabt.

Die Finanznot der Krankenkassen.

Dem Reichsrat hat der Reichsarbeitsminister den Entwurf einer Notverordnung vorgelegt, wonach die Krankenkassenvorstände die Grundlohngrenze aufheben, die Beiträge nach dem wirklichen Arbeitsverdienste bemessen und kürzere Zahlungsfristen mit erheblichen Verzugsfolgen bestimmen dürfen. Die Maßnahme ist eine notwendige Folge der Geldentwertung in der letzten Zeit. Es ist damit zu rechnen, daß die Verordnung schon in den nächsten Tagen in Kraft tritt.

* **Bund der Kinderreichen.** Sonntag, den 30. September, vormittags 9½ Uhr, im Schießwerder, große Protestversammlung: „Kinder in Not!“ Alle kinderreichen Väter und Mütter haben zu erscheinen! Die aufs höchste gestiegene Not unserer Kinder erfordert rasche Abhilfe.

* **Das Notgeld der Eisenbahn** wird entgegen der ursprünglichen Absicht noch nicht eingezogen, sondern behält weiter seine Gültigkeit. Wegen des augenblicklichen Mangels an Zahlungsmitteln hat sich die Reichsbahndirektion Breslau sogar veranlaßt gesehen, neues Notgeld auszugeben. Wie aus einer Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer zu ersehen ist, werden neue Scheine über ein, zwei und fünf Millionen Mark mit Gültigkeit bis zum 31. Dezember ausgegeben.

* **Stadtbibliothek und Stadtarchiv** bleiben in den Tagen von Montag, den 1., bis Mittwoch, den 3. Oktober, geschlossen.

* **Wegen Preistreiberei mit Schweinen** verurteilte das auf dem Schlachtviehhof tagende Marktgericht einen Viehhändler aus Militsch zu 3 Milliarden Mark Geldstrafe oder 120 Tagen Gefängnis. Daneben wurde auf öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung erkannt.

* **Die Landesversicherungsanstalt Schlesien** hat sich infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage genötigt gesehen, das Zahnheilverfahren bis auf weiteres einzustellen. Bereits übernommene Heilverfahren werden indes noch durchgeführt werden.

* **Eine Belohnung von 500 Millionen Mark** hat der Regierungspräsident auf die Ergreifung der Mörderin von der Goethestraße oder auf sachdienliche Angaben, die zu ihrer Ergreifung führen, ausgesetzt. Falls mehrere Personen für die Belohnung in Betracht kommen sollten, behält sich der Regierungspräsident die Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

* **Bei dem Raubmord in der Goethestraße** sind auch geraubt worden: Ein brauner Lederkoffer mit braunem Stoffüberzug, etwa 80—90 cm lang, ein Reisekorb, dessen Deckel (von vorn gesehen) auf der linken Seite [illegible]sich ausgebessert war, und ein elfenbeinfarbener Kinderwagen, sog.-nannter Sportwagen, mit einer Plaue, die mit blauer Leinwand ausgeschlagen war. Quergriff Porzellan. Die sonst noch geraubten Sachen sind vermutlich in dem Koffer und dem Reisekorbe verpackt und mit dem Kinderwagen abtransportiert worden. Dieser nicht alltägliche Transport, der am 21. September erst nach 9 Uhr abends stattgefunden haben kann, muß aufgefallen sein. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß der Kinderwagen nach dem Transport irgendwo zurückgelassen worden ist. Wer über den Transport oder den Verbleib der Stücke Angaben machen kann, wolle umgehend das Polizeipräsidium benachrichtigen.

* **Erster Ostenabend.** Zu der, Donnerstag, den 27. September, abends 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Zwingerplatz, stattfindenden ersten Veranstaltung — Rezitationen Otto Boßhard — sind auch Eintrittskarten außer Abonnement bei Hainauer und an der Abendkasse erhältlich. Obgleich sich der Abonnementspreis wesentlich niedriger stellt, ist auch der Preis für Nicht-Abonnenten im Verhältnis zur Geldentwertung außergewöhnlich niedrig bemessen worden. Die Abonnementskarten können außer bei Hainauer auch in der Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 8 Uhr, im Vereinsheim, Schmiedebrücke 22, stattfindenden Sitzung (Gäste sind stets willkommen) sowie an der Abendkasse entgegengenommen werden. Den Mitgliedern des Humboldtvereins, der Volksbühne und Studierenden werden an der Abendkasse Ermäßigungen eingeräumt.

Ferdinand Avenarius †.

Wie wir bereits meldeten, ist in der Nacht zum 21. September im Nordseebad Sylt Ferdinand Avenarius im Alter von [illegible] Jahren gestorben. Ferdinand Avenarius ist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt. Nur wer dem künstlerischen und Kulturleben ganz fern steht, hat mit dem Werk Avenarius' keine persönliche Fühlung gehabt. Indirekt ist es aber doch zu ihm gedrungen.

Er hat für das Verständnis des Kunstlebens in Deutschland unermüdlich viel getan. Vor dreißig Jahren schuf er den „Kunstwart“, dessen Name ein Programm bedeutet. Dieses Programm war zunächst mehr begrenzter Natur, später wurde es erweitert und die Zeitschrift nannte sich „Kulturwart“. Auch mit diesem Titel ist sein Kreis wieder scharf umrissen. Doch Avenarius sah sein Aufgabengebiet nicht allein in der Herausgabe dieser Zeitschrift, die ihre Fühlfäden um alles spannte, was das geistige Leben in Deutschland ausmacht. Sein ganzes nachdrückliches Wirken ging nebenher eng Hand in Hand mit seiner Zeitschrift. Er schuf den Dürerbund, gab die bekannten Künstlermappen und Meisterbilder heraus, war ein tiefgründiger Berater des Kunstgewerbes auf dem Gebiete des Heimatschutzes usw. Als Sachwalter für Kultur und Kunst wirkte er auf die breiten Massen des Volkes dank seiner überragenden und reifen Persönlichkeit von starkem Urteil, die für das von ihm als recht und gut Erkannte eintrat, daß sich sogar energische Gegenströmungen geltend machten, die gegen den „Kunstpapst“ rebellierten. Er war unermüdlich tätig. Der „Kunstwart“, anfangs als eine Rundschau über alle Gebiete des Schönen, verbreiterte und vertiefte seinen Wirkungsbereich und vertrat den jeweiligen Fortschritt auf allen Gebieten in Frage der Schule, Erziehung, Volkswirtschaft, in Bodenreform und anderen Problemen. Bekannt sind auch sein „Hausbuch Deutscher Lyrik“, sein „Balladenbuch“, „Das fröhliche Buch“ usw. Sammlungen bester Dichter. Auch als Dichter selbst hat er sich einen Namen gemacht. Die Reihe seiner Dichtungen sind allgemein bekannt, und stehen in Schullesebüchern. Weniger Glück hatte er mit seinen Dramen. Im Februar dieses Jahres hat Avenarius die Leitung des Kunstwarts niedergelegt. Sein langjähriger Mitarbeiter, Wolfgang Schumann, trat an seine Stelle, die damit in beste Hände übergegangen ist.

Avenarius war eine ausgesprochene Führerpersönlichkeit. Deutschland verdankt ihm viel, sehr viel. Die um ihn trauern, die besten in Deutschland, sind nicht zu zählen.

Konzerte.

Zwei Brahms-Abende.

Die Klavierabende, durch die unser einheimischer, hoch geschätzter Pianist Br. v. Pozniak seinen Jüngern und Jüngerinnen den Weg an die Oeffentlichkeit, in dieser trostlosen Zeit vermutlich unter schweren finanziellen Opfern, bahnt, weisen regelmäßig ein Programm auf, das nicht dem Zufall, sondern einer leitenden, künstlerischen Idee seine Entstehung verdankt. Diesmal stand in zwei Abenden ein recht erheblicher Ueberblick über Brahm's Klaviermusik zur Diskussion. Man kann es nicht verschweigen, daß es des Gebotenen zuweilen zuviel war. In Brahm's Tonausdruck spielt der Klangreiz eine untergeordnete Rolle; seine Musik verlangt vom Hörer stärkste geistige Konzentration und setzt beim Spieler eine innere Reife voraus, die sich bei der Interpretation nicht mit der eleganten, flüssigen Wiedergabe der Notenvorlage begnügen darf, sondern darüber hinaus aus eigenem seelischem Besitz mitteilen kann. Das ist bei erst werdenden Künstlern eine nicht geringe Schwierigkeit. Nachahmungstrieb, ein Gestalten nach dem Vorbild des Lehrers und Meisters und individuelle Auffassung, ein Sichregen eigenpersönlicher Stellungnahme je nach dem gegenwärtigen Standpunkt des besonders gearteten und entwickelten Ich müssen die wechselnde Beleuchtung für den Stimmungston der einzelnen Stücke wie ein schwankendes Licht- und Schattenspiel ergeben. Am unproblematischsten erweisen sich die Jugendwerke, die drei Sonaten op 1, 2 und 3. Hier gibt körperliche Kraft den Ausschlag, die Kunst des Kantabilespiels tritt zurück. Mit Recht standen darum die drei Werke auch in der Wiedergabe ganz im Zeichen von Sturm und Drang (Richard Kotz, Felicia Posener, Hans Steinitz). In die Gefilde der von Brahms so geschätzten Variation führten op. 21, 1 und 2 und op. 24. Vera Chotzen und Herbert Marx wußten um die Kunst reicher Farbtöne, um die Schönheit eines singenden Legatos. Franz Bollon bot mit den Händelvariationen eine reife Meisterleistung. Von den Klavierstücken verschiedenen Genres haben sich die beiden Rhapsodien op. 79 allgemeine Beliebtheit errungen; Ed. v. Borck interpretierte sie mit überzeugendem Ausdruck. Von der romantischen Seite nahte sich Nora Wallossek mit poetisch reich gestuftem Anschlag. Die jugendliche Hanna Wandzik, ein ausgesprochenes Klaviertalent, ließ wie durch einen Zauberspiegel die Züge des Meisters sichtbar werden. Selma Wolff-Soberski und Elli Pietsch, die nach Maßgabe ihres technisch-musikalischen Niveaus noch nicht den Vorhof zum Tempel des vollendeten Künstlertums durchschritten haben, hatten auf den Programmen mit den Stücken op. 116 Türhüterdienst zu versehen. Käte Franke und Trude Barkhausen zeigten gut fundiertes Material und gleiche gesangliche Mängel, so daß man jenes als Gottesgabe, diese als Resultat fehlerhafter Erziehung ansprechen muß.

Musikaufführung der Schüler der Gerhart-Hauptmann-Oberrealschule.

„Frohsinn und Humor in der Musik“ verhieß das Programm, für das Musiklehrer Arthur Schmidt verantwortlich zeichnete. In der Tat waren es frohe Stunden, die der Schulchor und das Schülerorchester der Gerhart-Hauptmann-Oberrealschule mit ihren Darbietungen den Hörern bereiteten. Vielleicht war die sorgenbrechende, alltagverklärende Macht der Töne etwas zu sehr an dem Maßstab des Unterhaltungsbedürfnisses gemessen und ihre ethische Kraft zu gering angeschlagen. Jedenfalls war der Stil der Aufführung zum frischen, in der Wahl der Tempi sogar mitunter zu frischem Musiziergeist getragen. Das Schülerorchester präsentierte sich unter Arthur Schmidts sachkundiger, elastischer Führung in bester Verfassung. Der beneidenswerte Besitz eines Klarinettisten kam in der Balletmusik zu Rosamunde am wirkungsvollsten zum Ausdruck. Der Chor betrat gute musikalische Schulung. Nur möchte man dem Stimmklang, namentlich dem der jungen Männerstimmen, einen leuchtenderen Glanz wünschen. gS.

Für die Frauen

Internationale Friedensbewegung

Daß trotz aller Hetzreden das Gefühl der Völkerverbundenheit und nicht das des Hasses die Grundlage aller menschheitlichen Kulturentwicklung ist und bleibt, wurde in der Sommerschule der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, die in diesem Jahre in Podebrad (Tschechoslowakei) tagte, wieder einmal zum ganz starken persönlichen Erlebnis. Ueber 150 Angehörige von etwa 20 europäischen Staaten hatten sich hier zusammengefunden, um gemeinsam Wege zu finden, die über die Schranken des Nationalismus und Hasses hinweg zum wahrhaften Wiederaufbau und zur Neugestaltung Europas führen. Die Vorschläge bewegten sich durchaus nicht in utopischen Bahnen, sondern in ganz konkreten politischen und wirtschaftlichen Formen, die in den meisten Punkten übereinstimmen mit den Forderungen, die die Sozialdemokratische Partei bei uns und in anderen Ländern immer wieder und wieder aufgestellt hat. So wichtig es ist, diese Dinge stets von neuem zu sagen und Denken und Handeln damit zu durchdringen, so muß doch offen eingestanden werden: es ist nicht das Wichtigste an unserem Zusammentreffen, was hier in Vorträgen und Diskussionen gesagt und ausgemacht wurde. Wenn sich auch die Reden des französischen Sozialisten und Schriftstellers Pierre Hamp durch ihre wunderbare Schwungkraft und Hingegebenheit an die Sache und unseres österreichischen Freundes Rudolf Goldscheid durch ihre Klarheit, Schärfe und geistige Souveränität weit über das Niveau der gewohnten, mittelmäßigen Versammlungsreden erhoben — auch sie waren noch nicht das Wesentliche. Was uns alle hier mit seltenem Glücksgefühl durchdrang und im Anfange uns ganz unfaßbar schien, das war das harmonische, brüderliche, selbstverständliche Zusammenleben. Was uns Deutschen natürlich am brennendsten auf der Seele lag, war die Frage, wie wir uns mit den Franzosen verstehen würden. Da kam jener Abend, wo wir allein mit ihnen gleichsam nur unter vier Augen uns alles vom Herzen sprachen, was uns über Ruhrbesetzung, Rheinlandfrage, Reparationsproblem besorgte. Wir brauchten nur über kleinere Einzelfragen zu diskutieren, in der Hauptsache herrschte volle Einmütigkeit: Ueberwindung der Internationale des Kapitalismus, die uns Krieg und Ruhrbesetzung beschert hatte, Ueberwindung von Poincaré und Stinnes durch die Internationale der Arbeit, Brüderlichkeit und Liebe.

Ein Wort sei noch über die Tschechoslowakei gesagt: Mit ungläubigem Staunen sehen wir Deutschen, wie das ganze Land an unseren internationalen pazifistischen Bestrebungen Anteil nimmt. Während der ganzen Dauer des Kongresses wehte von allen öffentlichen Gebäuden die Fahne der Republik, die Regierung nahm selbst aktiv an den Veranstaltungen teil. Mögen selbst die Motive zum Teil auch egoistischer Natur sein, die erfreuliche Tatsache der offiziellen und praktischen Unterstützung der Friedensbewegung ist doch da und sie muß uns Deutschen viel zu denken geben.

Klärre Mark.

Unberühmte Frauen.

Von Anna Böhm.

Von berühmten Frauen wird viel gesprochen. Frauengestalten, die sich in der französischen, in der russischen und in den anderen Revolutionsepochen rühmlich hervorgehoben haben, solche, die bahnbrechend für die Frauenrechte und damit für die Menschenrechte überhaupt wirkten, Erfinderinnen und Dichterinnen von bedeutendem Namen gibt es eine ziemliche Anzahl, deren Leistungen und Taten entsprechend gewürdigt werden. Auch wir stehen auf dem Standpunkt: „Ehre, wem Ehre gebühret"; auch wir sind bemüht, allen Frauen die Verdienste solcher hervorragenden Leistungen klar zu machen und als Beispiel zur Nachahmung anzuempfehlen; dabei wollen wir aber auch jener stillen Heldinnen und Dulderinnen gedenken, die es in großer Zahl gibt, deren Namen niemand kennt, deren Schicksal das Schicksal Tausender ist, deren Los Ungezählte teilen und die gerade deshalb in der Masse untergehen.

Nehmen wir die Arbeiterfrauen in ihrer Masse, betrachten wir ihr Leben und urteilen wir, ob nicht jede von ihnen eine Heldin in ihrer Art ist. Viele sind seit jeher gewohnt, ein Doppelleben zu führen, als Berufstätige und als Hausfrau und Mutter. Sie tun es nicht, weil sie durch ihren Verdienst Schätze sammeln wollen, sondern, weil sie durch die Verhältnisse gezwungen werden, zur Erwerbsarbeit zu greifen. Der Lohn des Mannes reicht nicht aus, um die Familie zu erhalten, und je größer die Familie wird, um so notwendiger wäre es, die Arbeit der Mutter auf die Hauswirtschaft allein zu beschränken. Doch gerade dann setzt der Zeitpunkt ein, wo die Frau gezwungen wird, zum nackten Unterhalt der Ihren beizutragen. Sie jagt sich frühzeitig ab, um im Haushalt vorarbeiten zu können, tausend Handgriffe sind zu verrichten; die Mutter muß darauf bedacht sein, was mit ihren Kindern tagsüber geschieht, wo sie untergebracht, wie sie beaufsichtigt werden, sie muß für die Verköstigung vorsehen usw. Die Mittagspause wird ausgenützt, wenn der Arbeitsort nicht allzu fern von der Wohnstätte liegt, und am Abend beginnt das Hasten von neuem. Dennoch ist eine solche Frau vom „Glück begünstigt", denn das Wirtschaftsgeld wird dadurch erhöht und das Auskommen ist ein besseres.

Wenn Wirtschaftskrisen kommen, wenn die Arbeit im Erwerbsleben eingeschränkt wird, dann wird wohl zuerst der Mitverdiener in der Familie, die Frau, aussetzen müssen. Wie schön ist das für die Kinder, die nun ihr Mütterchen den ganzen Tag haben! Aber die volle Freude ist von kurzer Dauer, denn es fehlt ein Teil des Verdienstes, und infolgedessen muß der Küchenzettel, der ehedem auch nicht zu reichhaltig war, eingeschränkt werden. Die Frage: „Wie ernähre ich meine Kinder?" tritt in greifbarer Form an die Frau heran.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich, es werden auch viele offizielle Familienhalter entlassen, das letzte Einkommen ist dahin. Wer ist derjenige, der unter den ganzen Familienmitgliedern am meisten erdulder? Wieder die Frau, die Mutter. Sie nimmt die größten Entbehrungen auf sich, sie leidet unter den Schmerzen der andern, sie sieht zuerst das graue Gespenst der Not und nimmt heldenhaft den Kampf mit ihm auf. Zehntausende Proletarierfrauen sind es, die das große Kunststück fertig bringen, den letzten Bissen Brot herzugeben und selbst zu hungern. Welche große Liebe, welche große Opferfreudigkeit für die Ihren legt da die Frau, die Mutter an den Tag, und wie wirklich heldenhaft wird alles ertragen. Wer hat nicht schon Frauen bewundert, die, selbst ermattet und abgeschwächt, mit den Begleitern der Not bei ihren Lieben den Kampf geführt haben, mit Krankheit, Siechtum und Tod.

Die Frauen, die bei Streiks oder Aussperrungen an der Seite ihrer Männer als echte Lebensgefährtinnen alle Entbehrungen, die eine solche Zeit mit sich bringt, ertragen, und so dazu beitragen, die Kampfstimmung der Männer zu heben, haben sie nicht dieselben Verdienste in der Geschichte der Arbeiterbewegung erworben, wie die Männer?

Die Frauen als Vertrauenspersonen in den Werkstätten, die als Verfechterinnen der Interessen ihrer Mitarbeiterinnen den Unternehmern gegenüber auftreten; die Frauen an führender Stelle im politischen Kampfe, die Verfolgung ertragen um ihrer Ueberzeugung willen, und keine Mühe, nicht Wind und Wetter, scheuen, um Aufklärungsarbeit leisten zu können. Unter ihnen befindet sich manche, deren Namen im engen Kreise bekannt ist. Und doch leisten sie wertvolle Arbeit für die Gewerkschaft, und viele, die sich besser dünken, könnten sie als Beispiel wählen.

Wer sind die eigentlichen Erzieher?

Häufig ist man der Meinung, daß nur Eltern und Lehrer mit der Erziehung zu schaffen haben. Die Menge dagegen habe gar nichts damit zu tun. Wie ist es in Wirklichkeit? Ob wir nun Eltern oder Lehrer sind, so sind wir doch als Mitglieder der menschlichen Gesellschaft von Natur aus Erzieher. Unsere wichtigste Aufgabe ist, durch Erziehung des jungen Geschlechtes für unseren eigenen Fortbestand zu sorgen. Die Verantwortung der Erziehung dürfen wir nicht auf einzelne abwälzen, wenn nicht das Vorurteil entstehen soll, als ob die Eltern ganz besonders auf Grund ihrer Begabung zur Erziehung berufen wären.

Wer einigermaßen seine Augen öffnet, wird sehen, daß dieses Vorurteil in vielen Fällen aber auch gar nicht zutrifft. In erster Linie haben wohl die Mütter, wenn schon irgend jemand Anspruch darauf hat, das Recht, als geborene Erzieher angesehen zu werden. Wer wollte hier behaupten, daß sie immer die richtige Erziehungsmethode anwenden? Ohne es zu wissen oder zu wollen, mißhandeln oft törichte Mütter ihre Kinder. Eitelkeit, Nachlässigkeit bedeuten ein Verbrechen an der Zukunft. Niemand hindert sie daran.

Mutter und Mutterschaft ist wohl das festeste Band, das den Menschen zum Menschen bindet. Gerade deshalb und weil kein Mensch dem anderen so hilflos preisgegeben ist, als das Kind der Mutter, ist die Verantwortung um so größer. Nicht allein die Verantwortung des Einzelnen, sondern die Verantwortung der ganzen Gesellschaft. Auf diesem Gebiete geschieht heute soviel wie gar nichts. Ganz unerfahren stehen die meisten werdenden Mütter den großen Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, gegenüber. Ueberarbeitet, abgehetzt und von Sorgen gequält, versuchen sie, so gut als möglich ihre Mutterpflichten zu erfüllen. Wer schützt das Kind, wenn es durch die Unwissenheit der Mutter Schaden erleidet? Wer tritt helfend und ratend ein, wenn die junge Mutter versagt? Wie so ganz anders ist es, wenn wirtschaftlicher Schaden zu befürchten ist! Hier wird durch Aufklärung und Belehrung vorgebeugt.

Jeder Tier- und Pflanzenzüchter weiß, daß man Pflanzen nicht dauernd umpflanzen und Tiere nicht dauernd dressieren darf, wenn sie nicht geschädigt werden sollen. Sie studieren ihre Bedürfnisse, schaffen die Bedingungen zu ihrem Gedeihen und überlassen sie ihrem Wachstum. Den Müttern sind zum Teil die Bedürfnisse ihrer Kinder fremd. Durch langes Aufbleiben berauben sie die Kinder des nötigen Schlafes, durch zu vieles Herumtragen nehmen sie ihnen die Ruhe, die zur Entwicklung ihres Körpers notwendig ist. Das muß unbedingt im Interesse des Kindes vermieden werden.

Fängt das Kind einmal an, an dem oder jenem Interesse zu bekommen, so soll man es sich nicht selbst überlassen, sondern zu ihresgleichen bringen. Diese Umgebung bietet dem Kind Anreiz zum eigenen Denken und die Freiheit zur weiteren Entfaltung. Nur keine Furcht, daß sich das Kind dabei den Eltern entfremdet, denn das Kind braucht in ungezählten Fällen den elterlichen Schutz und körperliche und geistige Unterstützung. Ein nicht verschüchtertes und mißhandeltes Kind wird sich jederzeit vertrauensvoll an die Eltern wenden. Freudig wird es Helfer und Kamerad der Eltern sein. Das schlimmste, was die Eltern machen können, ist, daß sie die Kinder künstlich von ihren Kameraden isolieren und ihnen damit jeden Stoff zur eigenen Tätigkeit nehmen. Notwendiger denn je brauchen wir heute Menschen, die selbständig denken gelernt haben.

Zur häuslichen Kinderzucht.

I.

Eine Frage, für die nur die häusliche Kinderzucht verantwortlich ist, ist die Frage des Schlafes. Jede Mutter müßte wissen, daß Kinder bis in die Entwicklungsjahre hinein mindestens zehn Stunden nächtlichen Schlafes brauchen, wenn sie gesund und kräftig bleiben sollen. Wie bedenklich schwach muß mir aber das Verantwortungsgefühl vieler Eltern erscheinen, wenn ich auf einer Gewerbeausstellung, nicht etwa in den Ferien, sondern mitten in der Schulzeit an drei verschiedenen Abenden zwischen 9½ und 11 Uhr noch 362, 307 und 432 Kinder antreffe, wenn ich mit einem anderen Herrn zusammen auf einem Juxplatze derselben Stadt im Dezember zwischen 9 und 10 Uhr abends noch 432 Kinder zähle, wenn ich an Sonntagabenden auf den Bahnhöfen verschiedener westdeutscher Großstädte um dieselbe späte Stunde bis zu 500 Kindern heimwärts ziehen sehe. Es gibt eine ganze Reihe höherer Schulen unseres Vaterlandes, an denen Montags keine Klassenarbeiten geschrieben werden, weil erfahrungsgemäß viele Eltern ihre Kinder am Sonntag derart mit Vergnügungen malträtieren, daß sie am folgenden Morgen zu geistiger Arbeit untauglich sind.

II.

„Schon ein Kind von drei Jahren kann unabhängig und frei werden," behauptet Maria Montessori, die italienische Pädagogin, und sie fügte hinzu: „Man helfe ihm, nützliche Handlungen zu tun."

Ein Kind, das nicht handelt, lernt nicht handeln. Daher bedarf es der Freiheit, zu handeln. Die Erzieherin beobachte seine Handlungen, wähle die besseren, wohltätigen, nützlichen aus und mache ihm diese durch tägliche Uebung zur Gewohnheit. Dem Kinde muß die innere Kraft fühlbar werden, die durch Selbststeuerung zur Selbsttätigkeit einer Kräfte führt. Welche Fülle von Handlungen sind dem Willen und der Einsicht des Kindes zugänglich, damit sie seinen Geist in Anspruch nehmen? Das Gehen und Kommen, Bringen und Tragen, Atmen und Sprechen, alle die Handreichungen, die der Instandhaltung des Heims, dem Aufstellen der Tische und Stühle, der Pflege der Pflanzen und Tiere dienen, das Waschen der Hände, das Bürsten der Zähne, die Ordnung in der Kleidung — alles, was jeder Tag aufs neue aufgibt und als Leistung fordert. Dazu das Wiegen und Messen, das Unterscheiden der Farben, Größen und Stoffe, das Zeichnen und Bauen, das Zählen und Lesen — das Spielen und Singen und Tanzen — alles, was Sinne und Hand und alle Glieder tätig und zu Leistungen geschickt macht — dafür muß den Kleinsten eine Stätte frohen Daseins bereitet sein.

Zwei Bilder.

Ich fahre mit der Elektrischen dieselbe Strecke seit vielen Jahren täglich von meiner Wohnung zu dem Ort, an dem ich meinen Beruf ausübe, zweimal. Sie ist von endloser Länge, führt durch einförmige und durch prächtige Straßen, vorbei an Hunderten von Häusern, an Geschäftsläden und Büros, an Gartenanlagen, Kirchen und Palästen; ich kenne jeden Pflasterstein, jede Laterne, jedes Hausior, jedes Schaufenster, jedes Firmenschild, die Zifferblätter der Uhren, die Wachebeamten an den von Menschen und Fahrwerken wimmelnden Kreuzungen; es gibt nichts Neues für mich auf meiner Strecke. Und während die meisten meiner täglichen Fahrtgenossen — es sind meist dieselben Leute —, ebenso abgestumpft wie ich gegen die Aussicht, es vorziehen, zu lesen: die Damen in oft recht abgegriffenen Romanbänden, die Herren in weit auseinandergefalteten Zeitungen, sitze ich teilnahmslos am Fenster und schaue mechanisch, in alter, ihrelanger Gewohnheit, auf die vorübergleitenden Häuser und Kaufläden — dabei mit kummervoller Seele bedenkend, wie ich in eintöniger, viel zu schlecht bezahlter Berufsarbeit vor der Zeit grau und schwach werde und nicht imstande bin, auf die blassen, abgezehrten Wangen meines Weibes und meines Kindes das Rot der Gesundheit zu zaubern. So werde ich fahren und arbeiten, so lange mein Körper dieses Leben aushalten wird; es gibt nichts anderes mehr für mich als das Leben von einem Tag auf den anderen, das jämmerliche Bangen um das tägliche Brot. Von all den Hoffnungen, die wir in vergangenen glücklichen Eilen auf die Zukunft setzten, wird keine — keine erfüllt werden.

Als ich mit diesen trüben Gedanken vor längerer Zeit auf ein Trödlergeschäft blickte, an dem ich täglich zweimal auf meinem Pflichtweg vorüberfuhr, sah ich — nur für einen Augenblick — ein im Schaufenster hängendes Bild, das mir im Bewußtsein blieb und das ich den ganzen Vormittag nicht aus der Erinnerung loswerden konnte. Es war ein farbiges Bild, das ein Dampfschiff in voller Fahrt das Meer durchfahrend darstellte. Ich mußte während der Arbeit immer wieder an das Bild denken und auf der Heimfahrt nützte ich die wenigen Sekunden des Vorüberfahrens glücklich aus und sah es mir genauer an. Ein mittelfarbiges Bild: blauer Himmel, der sich in der endlosen See zu spiegeln schien; weißlich rollten die dunklen Wogen, mit weißen Schaumstreifen gekrönt, und über, als von einem ruhigen Selbstbewußtsein getragen, verfolgte das Fahrzeug seinen Weg. Abends vor dem Einschlafen sah ich — mitten durch den Wust der Sorgen — das Bild vor mir und am nächsten Tag ermöglichte mir das zweimalige Vorbeifahren eine genauere Betrachtung des Schiffes. Es war ein nicht zu großer Schraubendampfer, weiß gestrichen, und von elegantem, jachtartigem Aussehen; er hatte die Takelage eines Vollschiffes: dichter Qualm entströmte dem weißen Schlot, die Segel waren von günstigem Wind geschwellt. Wie ich das behaglich altmodisch anmutende Schiff unter der doppelten Kraft von Wind und Dampf so stolz dahingleiten sah, war mir's, als führe ich selbst auch zu Schiff auf dem Meer und tauschte mit dem prächtigen Fahrzeug da drüben einen Seemannsgruß. Und wunderbar, von nun an ward das fremde Bild, das ich mir nie hätte kaufen können, mein geistiger Besitz; mein Talisman, der mich eine Zeitlang in dem einförmigen, trostlosen Alltagsleben aufrecht erhielt! Ich befaßte mich in Gedanken immer mit dem Schiff, als wäre es ein wirkliches aus Stahl oder Holz; ich dachte darüber nach, wie es heiße, wem es gehören möge, wohin es so zielbewußt steuere.

Es war, als wäre der belebende Hauch frischer Seeluft über mich gekommen. Alte Bilder, alte Erinnerungen, alte Träume standen in meinem Gedächtnis auf; ich, der nie das Meer gesehen hat, der in seiner Brust die ewige Sehnsucht nach dem Anblick des Meeres im Laufe eines Lebens kleinlicher Mühe und Arbeit hat verwehen lassen müssen; ich atmete und lebte auf, als wäre mir das Meer ein alter Vertrauter. Bücher, die ich seit den Tagen der Jugend nicht gelesen und nicht vermißt hatte, holte ich nun hervor und vertiefte mich wie ein Knabe in sie in freien Stunden. Ich durchfuhr mit Odysseus und seinen Gefährten auf schwankendem Ruderschiff die heilige Salzflut; ich erneuerte die geistige Teilnahme an den Abenteuern des Lord Glenarvan, der mit seiner Jacht um die Erde fuhr, um den Kapitän Grant zu suchen, und begeisterte mich wieder für den geheimnisvollen Kapitän Nemo, der mit seinem „Nautilus" die Tiefen des Meeres durchteilt und schließlich sein Grab auf dem Meeresgrund findet — ja den „Robinson" las ich wieder mit knabenhaftem Feuer. Und ich wußte doch, daß es all die Weite und die Tiefe des Meeres gebe, aber nicht für mich. All das Elend dieser tödlichen Eintönigkeit, die nötige Aussichtslosigkeit jeder noch so gesteigerten Arbeit den ins Maßlose steigenden Ausgaben gegenüber — alles das hatte sein Gegengewicht gefunden in dem geistigen Aufschwung, den mir das Bild bei und die Gedanken, die sich an dieses knüpften, ließen. Mit Liebe sah ich es mir immer von neuem an, überholte das schmucke Schiff am Morgen und sah es mit unerschütterlichem Stolz entgegendampfen.

Eines Tages als ich heimkam, war das Bild mit der Dampfjacht verschwunden. Der Platz, an dem ich es noch morgens hatte hängen sehen, war leer. Ich hatte es verloren und damit auch die Gedankenreihe, die mich gestützt hatte. Verdrossener als je fuhr ich ein paar Tage vorbei und blickte mißmutig auf die leere Stelle im Schaufenster. Dann hing auf einmal wieder ein Bild an dem Haken, ein Bauwerk darstellend. Ich kannte es wohl: es war der Dom von Mailand. Ich kannte ihn bloß aus Abbildungen, denn ich war nie in Italien und werde nie hinkommen, und der Sehnsuchtstraum einer Fahrt nach dem Sonnenland wird unerfüllt bleiben, wie viele meiner Wünsche. Prächtig erschien er mir hier im Bilde: Von dem tiefblauen Himmel hob sich der Wunderbau aus weißem Marmor blendend ab: die vielen Statuen, die zahllosen Zacken und Spitzen waren — nur für den Moment des Vorbeifahrens — deutlich sichtbar. Und es geschah, was ich ja heimlich gehofft hatte: das neue Bild trat an die Stelle des früheren und löste dieses ab; es wurde mir ein geistiger Halt in dem elenden Leben, das die Not der Zeit mir aufzwang. Täglich zweimal fuhr ich an dem zauberisch schönen Gotteshaus vorbei und alle längst begrabenen Träume standen auf in meiner Brust: ich berauschte mich an alten Erinnerungen aus der Zeit der Schule noch, an Goethes unvergänglicher Freude an dem Wunderland Italien; Bücher und Bilder wurden an Abenden hervorgeholt, und Kunst, Kultur, Natur in wundervoller Verschmelzung erhoben und erquickten und stärkten mich, sodaß ich durch den täglich zweimaligen Blick auf das Bild in dem Trödlerladen neuen Mut fassen und mir die erlahmende Lust an der Arbeit erneuern konnte.

Inzwischen war die äußere Not immer größer geworden. Vorübergehende Zeiten der Hoffnung auf ein Besserwerden der Lebensverhältnisse endeten jedesmal mit einer Enttäuschung. Eine Zeitlang wirkte das Bild mit dem Mailänder Dom noch auf mich, und ihm und seinem Vorgänger im Schaufenster verdanke ich wertvolle Erneuerung der Ausdauer im Lebenskampf. Vor ein paar Monaten ist auch das zweite Bild verschwunden und es ging mir ebensosehr ab wie damals das erste. Nun hat der Trödler ein drittes Bild aufgehängt: das Matterhorn. Auch ein reizvolles farbiges Werk, das schöne Gedanken hervorrufen könnte im Geiste des Beschauers, ihn hinaufragen könnte „ins Blaue der Luft, hoch über der Menschen Geschlechter". Aber es geht nicht mehr. Das dritte Bild reizet er mir. Zu fahl, zu schmal sind die Wangen meiner Lieben geworden, und ich fürchte, ich und die Meinen, wir werden bald zu Tode „saniert" sein. So sitze ich im Straßenbahnwagen und blicke täglich zweimal auf das dritte Bild, teilnahmslos, mit kummervoller Seele.

Adam Sorgek